

**EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE, FLORENCE**

**EUROPEAN POLICY UNIT**

**EUI WORKING PAPER No. 89/371**

**DIE EUROPÄISCHE POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT  
IN DER GENERALVERSAMMLUNG  
DER VEREINTEN NATIONEN  
ZU BEGINN DER ACHTZIGER JAHRE**

**KLAUS-DIETER STADLER**

**BADIA FIESOLANA, SAN DOMENICO (FI)**

All rights reserved.  
No part of this paper may be reproduced in any form  
without permission of the author.

© Klaus-Dieter Stadler  
Printed in Italy in February 1989  
European University Institute  
Badia Fiesolana  
– 50016 San Domenico (FI) –  
Italy



### Die "European Policy Unit"

Die "Forschungsgruppe für Europäische Politik" (European Policy Unit) wurde 1984 als Mittelpunkt der politikbezogenen Forschung über aktuelle Probleme der Europäischen Gemeinschaften am Europäischen Hochschulinstitut gegründet. Die Forschungsgruppe arbeitet auf drei Ebenen: Organisation von Konferenzen und Seminaren, die das Europäische Hochschulinstitut fortwährend zum Diskussionsforum für Themenbereiche der Europäischen Gemeinschaft macht; Einzelstudien, die von Mitarbeitern des Institutes und anderen Instituten durchgeführt werden; Datensammlung und Dokumentation, die als Quelle für Forschung über die Gemeinschaft dienen sollen.

Die derzeitigen Interessengebiete der Forschungsgruppe konzentrieren sich auf die institutionelle Struktur der Europäischen Gemeinschaften; den politischen Dimensionen der Probleme der EG u.a. mit Forschungsprojekten über die europäische Kommunikationspolitik, den Binnenmarkt und der europäischen Umweltpolitik; sowie auf die Auslandsbeziehungen der EG. Hierzu hat die Forschungsgruppe mit der ersten ungekürzten Veröffentlichung der allgemein zugänglichen Dokumente über die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) im Rahmen des "EPC-Bulletin" begonnen und hat 1988 eine Konferenz über die "Auswärtigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der europäisch-amerikanischen Beziehungen" durchgeführt. Im Rahmen dieses Teilgebietes fällt auch die Untersuchung von Klaus-Dieter Stadler zur gemeinsamen Politik der EG-Mitgliedsstaaten im Rahmen der EPZ in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Beginn der achtziger Jahre.

Weitere Informationen über die Tätigkeiten der "European Policy Unit" können vom Direktor der Forschungsgruppe am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz erhalten werden.





DIE EUROPÄISCHE POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT (EPZ) IN DER  
GENERALVERSAMMLUNG DER VEREINTEN NATIONEN  
ZU BEGINN DER ACHTZIGER JAHRE

Klaus-Dieter Stadler

Europäisches Hochschulinstitut, Florenz

ABSTRAKTUM

Der Artikel analysiert die Zusammenarbeit der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu politischen Themen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in der Generalversammlung (GV) der Vereinten Nationen in den 80er Jahren bis zur 40. GV 1985. Die GV bietet für Studien zur EPZ eine geeignete Plattform zur Beobachtung der Zusammenarbeit der Zwölf in wichtigen Themen in der Weltpolitik. Dabei stellt die Generalversammlung eine ständige Herausforderung für die kontinuierliche Zusammenarbeit der Europäer dar. Auf der Grundlage von Interviews und der Analyse des Abstimmungsverhaltens der zwölf EPZ-Staaten in den 1980ern beschreibt der Artikel in welchem Umfang die Zwölf zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik fähig sind. Faktoren wie die Süderweiterung der EG werden dabei genauso berücksichtigt wie der ständige Konflikt zwischen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und nationalen Interessen.





# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Tabellenverzeichnis</i> .....	2
Einleitung .....	3
EPZ-Konsultationen und Instrumente in der Generalversammlung .....	4
Das Abstimmungsverhalten der Zwölf .....	9
Nationale Interessen und Minderheitenpositionen .....	13
Abstimmungsverhalten in Politischen Kernbereichen .....	21
Die EPZ in der Generalversammlung: Eine Schlußbetrachtung .....	25
Anmerkungen .....	28
ANHANG I	
Voten der Zwölf in der 40. Generalversammlung .....	31
ANHANG II	
Uneinheitliche Votes der Zwölf in der 40. Generalversammlung .....	43
Auswahlbibliographie .....	56

## TABELLENVERZEICHNIS

### TABELLE I

Anzahl von Sitzungen der Zwölf in der 40. Sitzungsperiode der Generalversammlung .....	5
---	---

### TABELLE II

Anzahl europäischer Erklärungen in der Generalversammlung 1974 - 1985 .....	8
--	---

### TABELLE III

Vergleich gemeinsamer EG-Positionen in der Generalversammlung .....	10
--	----

### TABELLE IV

Vergleich des EG-Abstimmungsverhaltens in der GV .....	12
---	----

### TABELLE V

Minderheitenvoten im EG-Block in der 40. Generalversammlung .....	19
--	----

### TABELLE VI

Vergleich von Minderheiten in der EG 1981 - 1985 .....	20
---	----

### TABELLE VII

Stimmensplitting in politischen Kerngebieten in der 40. Generalversammlung .....	22
---	----



## EINLEITUNG

Die Vereinten Nationen (VN) und insbesondere deren Generalversammlung bieten eine ideale Ausgangsbasis für eine Fallstudie über die Kooperation der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu aktuellen politischen Themen in der Internationalen Politik. Entscheidungen der Generalversammlung (GV) beeinflussen die Entscheidungen in anderen VN-Organen; sie lenken die Aufmerksamkeit der Welt auf ganz bestimmte politische Auseinandersetzungen und definieren für viele Gesellschaften die real existierenden Weltprobleme; und sie gestalten den politischen Kontext, in dem die Europäer<sup>1</sup> mit Hinblick auf wichtige globale Angelegenheiten operieren müssen. Konsequenterweise werden Abstimmungen und Entschlüsse der GV - ob falsch oder richtig - oft als "Weltmeinung" betrachtet. Dieser Beitrag analysiert die Kooperation der Zwölf zu politischen Themen im "Framework" der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in den 80er Jahren.<sup>2</sup>

Die VN sind sowohl eine Herausforderung als auch ein Problem für die kontinuierliche Kooperation zwischen den europäischen Staaten. Die strukturellen Ausgangsvoraussetzungen basieren auf der dominierenden Mehrheit der Dritten Welt und deren Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung. Die westlichen Staaten befinden sich daher größtenteils in einer defensiven Position und sind mehr mit Schadensbegrenzung als mit der Realisierung eigener politischer Ideen beschäftigt.<sup>3</sup>

Gemeinsame Aktionen der Zwölf sind der Aufmerksamkeit anderer Gruppen, Blöcke oder einzelner Staaten im VN-Kontext gewiß, die in zunehmenden Maße erwarten, daß die Europäer mit einer "Stimme sprechen". Dieser Beitrag überprüft, inwieweit die Zwölf in der Lage sind, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Die Süderweiterung der EG 1981 mit Griechenland und 1986 mit Spanien und Portugal konfrontierte die EPZ mit neuen Herausforderungen.<sup>4</sup> Der ständige Konflikt zwischen nationalen und europäischen Interessen im EPZ-Entscheidungsprozeß bildet einen wichtigen Determinator für Erfolg oder Mißerfolg einer gemeinsamen europäischen Politik und beeinflußt entsprechend die Position der EG und die Kooperation seiner Mitglieder an der "Turtle Bay" in New York.

## EPZ-KONSULTATIONEN UND INSTRUMENTE IN DER GENERALVERSAMMLUNG

Die EPZ-Konsultationen in den VN dienen vor allen Dingen zwei Zielen. Erstens bieten sie die Mechanismen mit deren Hilfe die Zwölf - mit "einer Stimme" sprechend - europäische Positionen verbreiten und ihr gemeinsames Gewicht effektiv zur Geltung bringen können. Zweitens können sie zur Vermeidung von Kontradiktionen zwischen den nationalen Positionen der einzelnen Mitgliedsstaaten beitragen.

Die diplomatischen Vertretungen der Zwölf und der EG-Kommission<sup>5</sup> in New York agieren innerhalb der EPZ-Leitlinien, um Ansichten zu koordinieren und entsprechende gemeinsame Aktionen zu berücksichtigen. Während der Sitzungsperiode der GV finden wöchentliche Sitzungen auf Botschafterebene statt, die durch Treffen der Vertreter in den GV-Hauptausschüssen, sowie durch Sitzungen themenspezifischer Arbeitsgruppen ergänzt werden. Die hohe Anzahl gemeinsamer Treffen ist ein beeindruckender Indikator für die Entwicklung der Kooperation zwischen den EG-Mitgliedern zu allen Themenbereichen in den VN.

Zur Anzeige gemeinsamer Positionen gegenüber anderen Staatenblöcken und einzelnen Staaten bedienen sich die Zwölf in der Generalversammlung fünf unterschiedlicher Maßnahmen: der Einbringung von Tagesordnungspunkten; der Einbringung eigener Resolutionsentwürfe zu Tagesordnungspunkten; gemeinsame Erklärungen zu Tagesordnungspunkten in der Generalaussprache im Plenum; Gemeinschaftserklärungen zu spezifischen Resolutionen sowie Erklärungen zur gemeinsamen Stimmabgabe.



# TABELLE I

## ANZAHL VON SITZUNGEN DER ZWÖLF IN DER 40. SITZUNGSPERIODE DER GENERALVERSAMMLUNG

Total 1985: 258

Anzahl von Sitzungen in der 35. - 39. GV

1980: 176    1981: 245    1982: 285    1983: 208    1984: 273

### EG Sitzungen in der 40. GV:\*

Ständige Vertreter:	23
40. Jahrestag der VN:	8
Expertengruppe Naher Osten:	23
Expertengruppe Asien:	4
Expertengruppe Africa:	13
Expertengruppe Lateinamerika:	3
1. Hauptausschuß der UN:	17 (62)
Spezieller Politischer Ausschuß:	11 (46)
2. Hauptausschuß:	76 (52)
3. Hauptausschuß:	24 (72)
4. Hauptausschuß:	3 (23)
5. Hauptausschuß:	30 (70)
6. Hauptausschuß:	23 (55)

---

258

\*: In Klammer sind die entsprechende Anzahl  
der Ausschußsitzungen der UN-Ausschüsse angegeben.

Die Einbringung von Tagesordnungspunkten und Resolutionsentwürfen wird für die Europäer aufgrund der Minderheitenposition, in der sich der Westen in der Generalversammlung befindet, erschwert und allenfalls von einzelnen Mitgliedsstaaten angewendet, wohingegen die Dritte-Welt Mehrheit regelmäßig die Tagesordnungspunkte diktiert. Daher verbleiben die übrigen drei Maßnahmen für die generell gebräuchliche Präsentation der EPZ-Positionen in der Generalversammlung.

Im Rahmen der Eröffnungssitzung der Generalversammlung wird durch den Außenminister des die EG-Ratspräsidentschaft innehabenden Mitgliedslandes eine gemeinsame Erklärung der Zwölf vorgetragen. Diese jährliche Rede in der GV wurde in den 80er Jahren zur Tradition und determiniert in komprimierter Form die gemeinsamen EG-Positionen zu internationalen Themen und stellt damit die Ausgangsbasis für gemeinsame europäische Initiativen im späteren Verlauf der Generalversammlung dar. Diese gemeinsame Erklärung wird unter Partizipation sowohl der EPZ-Organen als auch der Gemeinschaftsinstitutionen entwickelt und entworfen. Anhand dieser Erklärung wird Drittstaaten die Möglichkeit eröffnet, die Rolle der Zwölf in der Generalversammlung frühzeitig zu bestimmen.

Gemeinsame Erklärungen zu spezifischen Tagesordnungsdebatten definieren hingegen die detaillierten Positionen der gemeinsamen europäischen Politik zu den politischen Kernbereichen in der GV. Sie bilden damit die Ausgangsposition für weitere diplomatische Aktivitäten der Zwölf im Laufe der Generalversammlung. Zu Themen, bei denen innerhalb der EPZ Übereinstimmung herrscht, verdeutlichen diese Erklärungen die gemeinsame europäische Position. Zu Themen, wo hingegen Meinungsunterschiede zwischen den EG-Partnern existieren, stellen diese Erklärungen lediglich den Minimalkonsens der Zwölf dar. Wie in Tabelle II gezeigt wird, hat die Summe gemeinsamer Erklärungen in den 1970ern zugenommen. Erklärungen der Zwölf zu einzelnen Resolutionen in der Plenumsdebatte oder in Form von Beiträgen zur Sachdebatte in den Ausschüssen der Generalversammlung tendieren zu einer eher fundamentalen Darstellung gemeinsamer Positionen. Erwähnenswert ist, daß dieses Konzept der abgestimmten Diplomatie der Zwölf und die daraus resultierenden Konsenspositionen auch den Entscheidungsfindungsprozeß neutraler westlicher Staaten oder gemäßigter Dritter Welt-Staaten beeinflusst.



Eine "explanation of vote", durch die gemeinsames Abstimmungsverhalten angezeigt wird, gilt als stärkstes gemeinsames Instrument; eine Gemeinschaftserklärung hingegen, die lediglich den Grundkonsens bei unterschiedlichem Abstimmungsverhalten anzeigt, kann als schwächstes Aktionsmittel der Zwölf in den VN bezeichnet werden. Betrachtet man die numerische Entwicklung der diversen Indikatoren einer gemeinsamen Politik in den 80er Jahren, so können bereits hier die auf den Beitritt Griechenlands folgenden Schwierigkeiten zwischen den EG-Mitgliedsländern, eine Konsensposition zu erreichen, abgelesen werden. Aufgrund griechischen Dissens war es der EG in den 80er Jahren zu einer geringeren Masse als Ende der 70er Jahre möglich, gemeinsame Erklärungen zur Stimmabgabe zu verabschieden. Die Zwölf waren zwangsläufig gezwungen, auf die weniger gewichtige Form von Gemeinschaftserklärungen überzuwechseln, um gemeinsame Positionen zu erläutern, auch wenn individuelle Mitgliedsstaaten gelegentlich zu Teilgebieten des entsprechenden Themas in gesonderten Erklärungen abweichende Positionen vertraten.

Eine Observation der diversen Themenbereiche, zu denen gemeinsame Positionen in der 40. Generalversammlung erreicht wurden, enthüllt trotzdem ein breites Feld an Konsens. Zwölf gemeinsame Abstimmungserklärungen ("explanation of votes") wurden zum Nahen Osten abgegeben, in fünf weiteren "declarations" nahmen die Europäer inhaltlich Stellung zu Südafrika und Namibia, hinzu kamen Stellungnahmen zu Kambodscha, Afghanistan und der Situation in Mittelamerika. Acht Erklärungen gaben die Zwölf zu Sicherheits- und Abrüstungsthemen ab, sechzehn wurden zu Wirtschafts- und Entwicklungsthemen, hauptsächlich im dafür zuständigen zweiten Hauptausschuß der GV abgegeben.

Eine "explanation of vote" im Namen der Zwölf besitzt ein Gewicht, das individuelle nationale Erklärungen nicht erreichen können. Diplomatie in den Vereinten Nationen erfordert die Konstruktion von Allianzen zwischen Gruppen und die Bildung von Mehrheiten. Falls die Zwölf daher zu entscheidenden Themen divergierende Auffassungen vertreten, wird nicht nur die Möglichkeit einer Akzeptanz ihrer unterschiedlichen Positionen reduziert, sondern einzelne Staaten, insbesondere die kleineren Mitgliedstaaten, verlieren auch effektive Mittel, um ihren Positionen Gehör zu verschaffen. Das "framework" der EPZ bildet hingegen eine solche Basis und zeigt sich insbesondere dann wirksam, wenn die Zwölf in der Lage sind, möglichst frühzeitig auf den Entwicklungsprozeß einer Re-

solution durch ihre abgestimmte Diplomatie einzuwirken und damit die Aufmerksamkeit anderer Gruppen auf die europäische Position ziehen können.

Stellungnahmen in den Debatten der Vereinten Nationen tendieren von jeher dazu, in allgemeine Termini abgefasst zu sein. Selten enthalten sie detaillierte Positionen, was der EPZ-Praxis entgegenkommt. Gewöhnlich besteht zwischen den Mitgliedsstaaten Übereinstimmung in den fundamentalen Positionen; Schwierigkeiten entstehen allerdings über die jeweiligen Einzelaspekte und die zu verwendenden Mittel. Taktische Überlegungen und Sonderinteressen einzelner Mitgliedsstaaten komplizieren die Elaboration gemeinsamer Stellungnahmen noch weiter.

TABELLE II

ANZAHL EUROPÄISCHER ERKLÄRUNGEN IN  
DER GENERALVERSAMMLUNG 1974 - 1985

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
GESAMTZAHL	15	36	50	61	72	82	69	123	90	84	85	79
Gemeinsame Erklärungen			20	25	27	26	30	64	51	58	56	52
Erklärungen zu Resolutionen						2			9	3	5	11
Anträge zur Geschäftsordnung												1
Abstimmungserklärung			30	36	45	54	39	59	30	23	25	15



## DAS ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER ZWÖLF

Die Solidarität der Zwölf und die Koordination ihrer gemeinsamen Politik in den VN kann am eindeutigsten anhand ihres Abstimmungsverhaltens in der Generalversammlung beobachtet werden. So bemerkt Richard Jackson, "votes are a better indication of behavior in the General Assembly, since contested issues are more likely to mirror real-world problems".<sup>6</sup> Trotz der zunehmenden Tendenz der Generalversammlung, Resolutionen per Konsensus, ohne Abstimmungsverfahren anzunehmen, bleibt der EPZ-Abstimmungsprozess auch in diesen Fällen bedeutsam. In vergangenen Jahren wurden beispielsweise in jeder Generalversammlung mehr als 50 Prozent aller Entschlüsse "by consensus" verabschiedet. Die Partizipation an den Verhandlungen über diese Entschlußtexte bilden für die Europäer eine wichtige Möglichkeit, durch gemeinsames Auftreten extreme Positionen Dritter Welt-Staaten abzuschwächen.

Die Erweiterung der EG von neun auf zwölf Mitgliedsstaaten hatte allerdings divergierenden Einfluß auf den EPZ-Prozeß. Der Beitritt Griechenlands 1981 und der kurz darauf erfolgte Wahlsieg der Sozialisten führte in der Folge zu divergierenden griechischen Positionen bei diversen außenpolitischen Themen gegenüber der vorherrschenden EG - Mehrheitsmeinung und isolierte Griechenland dementsprechend innerhalb der EG. Dies erschwerte seit 1981 zwangsläufig den Abstimmungsprozeß zwischen den Europäern in der Generalversammlung. Die Partizipation von Spanien und Portugal am EPZ-Prozeß in New York wurde seit 1985 dagegen von pro-europäischen Regierungen angeführt, die eher konzessionsbereit und Willens waren, bereits etablierte europäische Positionen in solchen Bereichen zu übernehmen, in denen beide keine ausgeprägten nationalen Interessen verfolgten.

TABELLE III

VERGLEICH GEMEINSAMER EG-POSITIONEN  
IN DER GENERALVERSAMMLUNG

Übersicht über gemeinsame Positionen zu Resolutionen,  
Änderungsanträgen und einzelnen Paragraphen angenommen durch  
Konsensus (KONS), gemeinsamem (GV) oder uneinheitlichem (UV)  
Votum in der GV von 1975-1985\*

JAHR	KONS	GV	TOTAL	%	UV	%
1985	197	81(107)	287(304)	70.9(77.6)	114(88)	29.1(22.4)
1984	201	66(104)	267(305)	68.5(78.2)	123(85)	31.5(21.8)
1983	205	54(87)	259(292)	68.0(76.6)	122(89)	32.0(23.4)
1982	196	74(100)	270(296)	72.2(79.1)	104(78)	27.8(20.9)
1981	206	76(104)	282(310)	77.3(84.9)	83(55)	22.7(15.1)
1980	195	68	263	80.9	62	19.1
1979	203	97	300	82.2	64	17.8
1978	167	95	262	84.0	50	16.0
1977	166	67	233	83.5	46	16.5
1976	158	61	219	82.3	47	17.7
1975	110	66	176	83.4	35	16.6
Durchschnitt % 1975-1985				77.6		22.4
Durchschnitt % 1981-1985				71.4(79.3)		39.6(20.7)

\*: In Klammern befinden sich die entsprechenden Zahlen bei einer Ausklammerung der Voten Griechenlands seit 1981 und der Spaniens und Portugals für 1985.



Wie aus Tabelle III ersehen werden kann, erreichte die EPZ ihren Höhepunkt gemeinsamer Positionen mit 84 Prozent im Jahre 1978; wohingegen in den 80er Jahren die Anzahl gemeinsamer Positionen um etwa 10 Prozent abnahm. Den Einfluß, den hierbei die EG-Süderweiterung auf das Abstimmungsverhalten ausübte, kann man aus der Tatsache erkennen, daß bei einer Ausklammerung der dissentierenden Voten Spaniens und Portugals für 1985 und Griechenlands seit 1981, die Durchschnittsanzahl gemeinsamer Positionen der verbleibenden neun Mitglieder für die vier Generalversammlungen seit 1981, 79,3 Prozent beträgt. Demgegenüber stimmten in der gleichen Periode alle Zwölf durchschnittlich nur in 71,4 Prozent aller Resolutionen überein. Die Abstimmungsdisziplin der "alten" neun EG-Mitgliedsländer nahm daher in den 80er Jahren nur geringfügig ab.

Allerdings sind die oben angeführten Zahlen dadurch, daß Konsensus-Resolutionen mehr als 50 Prozent aller in einer Generalversammlung angenommenen Entschlieûungen ausmachen, insuffizient. Viele dieser Resolutionen, wenn auch nicht alle, behandeln Routine- oder bedeutungslose Themen, zu denen es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den EPZ-Mitgliedern geben kann. Daher erscheint durch eine Einbeziehung dieser Konsensusresolutionen die EPZ-Kooperation effektiver als sie tatsächlich ist.

Eine Analyse, die alleine auf Entschlieûungen basiert, die durch Abstimmung angenommen werden, ergibt daher ein objektiv verläßlicheres Kriterium für eine Bewertung des existierenden EPZ-Konsensus. In diesen Fällen stehen die EG-Mitglieder weniger unter Druck, nationale Vorbehalte zugunsten eines, die "Weltgemeinschaft" umfassenden Konsensus, zur Seite zu stellen. Die Erzielung gemeinsamer EG-Positionen zu umstrittenen Resolutionen in der Generalversammlung basiert hingegen hauptsächlich auf dem EPZ-Prozess.

TABELLE IV

VERGLEICH DES EG-ABSTIMMUNGSVERHALTENS IN DER GV

Übersicht über gemeinsame(GV) und uneinheitliche(UV) Voten  
zu Resolutionen, Änderungsanträgen und einzelnen Paragraphen  
in der GV von 1975-1985\*

JAHR	TOTAL VOTES	GV	%	UV	%
1985	195	81 (107)	41.5 (54.9)	114 (88)	58.5 (45.1)
1984	189	66 (104)	34.9 (55.0)	123 (85)	65.1 (45.0)
1983	176	54 (87)	30.7 (49.4)	122 (89)	69.3 (50.6)
1982	178	74 (100)	41.6 (56.2)	104 (78)	58.4 (43.8)
1981	159	76 (104)	47.8 (65.4)	83 (55)	52.2 (34.6)
1980	130	68	52.3	62	47.7
1979	162	97	59.9	65	40.1
1978	145	95	65.5	50	34.5
1977	113	67	59.3	46	40.7
1976	108	61	56.4	47	43.6
1975	101	66	65.3	35	34.7
Durchschnitt % 1975-1985			50.5 (58.1)		49.5 (41.9)
Durchschnitt % 1981-1985			39.3 (56.2)		60.7 (43.8)

\*: In Klammern befinden sich die entsprechenden Zahlen bei einer Ausklammerung der Voten Griechenlands seit 1981 und der Spaniens und Portugals für 1985.



Tabelle IV vergleicht das Abstimmungsverhalten der Mitgliedsstaaten in den Sitzungen der Generalversammlung zwischen 1975 und 1985. Sie indiziert, daß die EPZ 1978, gemessen am Abstimmungsverhalten, mit 65,5 Prozent gemeinsamer Positionen ihren vorläufigen Höhepunkt an Übereinstimmung erreicht hat. Nach dem Beitritt Griechenlands zur EG 1981 nahm die proportionale Zahl gemeinsamer Abstimmungen in den folgenden Sitzungsperioden der GV ab. Während dieser Zeit blieb die proportionale Anzahl gemeinsamer Positionen unter den entsprechenden Zahlen für die 70er Jahre. Schließt man nun wiederum die entsprechenden Zahlen für Griechenland seit 1981 und Spanien und Portugal seit 1985 aus, so kann ebenfalls eine wesentlich geringere Abnahme beobachtet werden, wenn auch die gemeinsamen Positionen der verbleibenden neun Mitgliedsstaaten proportional gesehen ebenfalls unter den entsprechenden Zahlen der 1970er bleiben.

Der Rückgang der gemeinsamen Abstimmungsdisziplin in den 80er Jahren konnte bisher größtenteils auf den "negativen" Einfluß der Mitgliedschaft Griechenlands zurückgeführt werden. Aber auch unabhängig von diesem "Unruhefaktor", ist eine Stagnation eingetreten, die eine Unfähigkeit der EPZ indiziert, die zunehmende Anzahl von Konsultationen in eine kongruente Erweiterung des gemeinsamen Abstimmungsverhaltens umzusetzen.

#### NATIONALE INTERESSEN UND MINDERHEITENPOSITIONEN

Das Leitmotiv für die zwölf Mitgliedsstaaten im EPZ-Prozess besteht in der Erlangung von einheitlichen Positionen zu den auf der Tagesordnung stehenden Themen der Generalversammlung. Wunsch und Wirklichkeit sind oft jedoch weit voneinander getrennt, wie die Anzahl divergierender Abstimmungen der Zwölf beweisen. Zu beinahe der Hälfte aller zur Abstimmung vorgelegten Resolutionen in der GV seit 1975 bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zwölf.

Die Konsensprobleme in der Generalversammlung spiegeln sich auch im gesamten EPZ-Prozess wider. Die langwierigen Verhandlungen, die der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte vorausgingen,

verdeutlichen die Reluktanz der einzelnen Regierungen, zugunsten einer außenpolitischen Gemeinschaftshaltung auf spezifische nationale Positionen zu verzichten. Die EPZ arbeitet weiterhin mit einem "non-binding decision-making process" der es den Mitgliedsstaaten jederzeit freistellt, individuelle nationale Interessen zu verfolgen.

Ist es möglich, bei einer Messung der (fehlenden) Bereitschaft einzelner Mitgliedsstaaten, am Prozess der Erlangung gemeinsamer Positionen in den VN aktiv und konzessionsbereit mitzuarbeiten, zwischen EPZ-Mitgliedern, die den EG "mainstream" bilden und "Non-Konformisten" zu unterscheiden? Für eine entsprechende Analyse sind die Gründe, die zu Einvernehmen oder Nicht-Einvernehmen über eine gemeinsame Europäische Politik im Kontext der Vereinten Nationen führen zu examinieren. In welchem Umfang machen die Mitgliedschaft in einer "externen" Kontaktgruppe, besondere Beziehungen zu einem oder mehreren Staaten außerhalb der EG, verbunden mit einem nationalen "approach" zu bestimmten Themen oder der "Beweis" ideologischer Glaubwürdigkeit, die Adaption einer gemeinsamen europäischen Politik für einzelne Mitgliedstaaten weniger greifbar? Für die folgende Analyse kann die Hypothese aufgestellt werden, daß nationale Interessen und Positionen, beinflußt durch innenpolitische Präokkupationen oder Sonderbeziehungen zu anderen Staaten, oft entscheidend das Abstimmungsverhalten der individuellen Mitgliedsstaaten beeinflussen.

In der 40. GV divergierte das Abstimmungsverhalten der Zwölf bei 114 Resolutionen oder, in anderen Worten, bei 58,5 Prozent aller per Abstimmung angenommenen Resolutionen. Bei uneinheitlichen Stimmabgaben zwischen den Zwölf können solche Resolutionen unterschieden werden, bei denen ein Mitgliedsstaat mit seinem Votum innerhalb der EG isoliert war oder aber andere Staaten seinen Minderheitenstandpunkt teilten. Die meisten uneinheitlichen Stimmabgaben erfolgten durch ein "Splitting" in Form von "Nein - Enthaltung" oder "Ja - Enthaltung" zwischen EG-Mehrheit und Minderheit. Da Enthaltungen eine weniger extreme Form der Stimmabgabe darstellen sind diese "Splits" weniger gravierend als eine uneinheitliche Stimmabgabe in Form von "Ja - Nein", bei der sich die EG-Partner diametral gegenüberstehen. Eine andere Form unheitlicher Stimmabgabe ist der "three-way-split". Hierbei votieren einige Mitgliedsländer positiv, andere ablehnend und einige mit "Enthaltung", wobei in den meisten Fällen keine starke Mehrheit für eine gemeinsame Form der Stimmabgabe existiert.



In der 40. Sitzungsperiode der GV gab es fünfzehn isolierte Minderheitenvoten innerhalb der Zwölfer-Gruppe. Neun dieser Voten wurden von Griechenland und vier von Frankreich (hauptsächlich zu Abrüstungsfragen) abgegeben. Bei Abstimmungen zu einundzwanzig Resolutionen befanden sich jeweils zwei Mitgliedsländer in der Minderheit: Griechenland war an siebzehn und Spanien an zwölf Resolutionen beteiligt. "Three-way-splits" erfolgten bei 33 Resolutionen, wobei größtenteils keine starke Mehrheit innerhalb der EG für eine bestimmte Position eintrat. "Three-way-splits" erfolgten hauptsächlich im 1. Hauptausschuß zu Abrüstungsfragen sowie zu einigen Resolutionen den Nahen Osten und Südafrika betreffend. Diametral entgegengesetzte Voten von EG-Staaten gab es in der 40. GV nur in drei Fällen: In einer Abstimmung war Griechenland der einzige europäische Staat, der eine Resolution, die Israels nukleare Bewaffnung verurteilte, befürwortete, während die übrigen 11 EG-Staaten diese Resolution ablehnten. Bei zwei anderen Resolutionen zu Abrüstungsfragen fanden sich Irland und Griechenland mit ihrem Abstimmungsverhalten im völligen Gegensatz zu den übrigen EG-Staaten.<sup>7</sup> Die geringe Anzahl diametral auftretender Abstimmungen zeigt die Sensibilität der Mitgliedsstaaten, eine völlig entgegengesetzte Position zur überwiegenden EG-Mehrheit wennmöglichst zu vermeiden und vorzugsweise auf eine weniger extreme Form des Dissens, nämlich der Stimmenthaltung, zurückzugreifen.

Die drei Beneluxstaaten sind nach der geringen Anzahl ihres Dissens die am stärksten in den EPZ-Prozeß integrierten Mitgliedsstaaten; sie stellen quasi das politische "core" des EPZ-"mainstream" in New York dar. Dissens bei der Stimmabgabe fand nur in Ausnahmefällen statt, wenn essentielle nationale Interessen betroffen waren.

Als Gründungsstaaten der EG teilen Italien und die Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ansichten innerhalb der Vereinten Nationen und sind gleichfalls dem europäischen "mainstream" zuzuordnen. Die Minderheitenvoten Italiens blieben in den 80er Jahren relativ konstant, während die der Bundesrepublik 1983 mit achtzehn Minderheitenvoten ihren Höhepunkt erreichten. Italien ist in Politikbereichen mit geographischen, historischen oder wirtschaftlichen Sonderbeziehungen, entsprechend "non-konformistischer" als die Bundesrepublik, wie sich regelmäßig bei Resolutionen zum Nahen Osten oder Palästina zeigt. Eine ähnliche Sonderstellung nehmen die Bundesrepublik und Großbritannien bei Südafrika -



Resolutionen ein. Hier sind die beiden EG-Partner am wenigsten innerhalb der Zwölf gewillt, den Forderungen der Dritten-Welt-Mehrheit, wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Südafrika zu verhängen, nachzugeben. Die einzige Abstimmung, in der sich die Bundesrepublik zusammen mit dem Vereinigten Königreich innerhalb der EG isoliert fand, war ihre Enthaltung zur "law of the sea"-Resolution<sup>8</sup>. Bei drei Resolutionen zur Namibia-Frage<sup>9</sup> enthielt sich die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich der Stimme und gab damit einem Konsens der Mitglieder der Namibia-Gruppe die Präferenz gegenüber demjenigen der Europäischen Gemeinschaft<sup>10</sup>. Dies waren die einzigen Entscheidungen in der 40. GV, bei denen sich die Bundesrepublik in einer relativ isolierten Minderheitenposition - mit weniger als drei Partnerstaaten - befand. Nur ein einziges Mal, 1981, votierte die Bundesrepublik alleine gegen die übrigen EG-Partner. Italien hat andererseits seit 1981 nicht ein einziges "single"- oder "two-minority"- Votum abgeben.

Zwei andere Mitgliedsstaaten, Frankreich und das Vereinigte Königreich, konnten während der gesamten Untersuchungsperiode überwiegend im europäischen "mainstream" angetroffen werden. Ihre Position in der EPZ wird allerdings durch verschiedene Aspekte, die sie von den übrigen Partnern differenzieren, charakterisiert. Als ständige Sicherheitsratsmitglieder und als Nuklearmächte verfolgen sie oft Sonderinteressen in Sicherheits- und Abrüstungsfragen. Ihre besonderen Beziehungen zu ehemaligen Kolonien und die Verwaltung noch bestehender kolonialer Enklaven sensibilisiert die beiden Länder bei Dekolonialisierungsthemen in der Generalversammlung. Frankreich bezog auch bei Zentralamerikanischen Themen eine stärkere "non-konformistische" Position als die Mehrzahl seiner europäischen Partner. Insbesondere in diesem Bereich üben amerikanische Positionen einen Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der einzelnen europäischen Staaten aus. Großbritannien näherte sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr dem europäischen "mainstream" an. Wie Frankreich, hat es bei Abrüstungsthemen die größte Anzahl von Dissens-Voten. Weiterhin bezog es, wie die Bundesrepublik, eine striktere Ablehnungshaltung gegenüber der Forderung der Dritten Welt, nach Verhängung von Sanktionen gegenüber Südafrika, als die Mehrzahl seiner europäischen Partner. Sein einziges "one-minority"- Votum in der 40. GV erfolgte zur Resolution über "Public Information and Public Action against Apartheid"<sup>11</sup>, bei der es sich enthielt, während alle übrigen elf Europäischen Staaten für diese



Entschließung stimmten. Zur Frage der Falkland Inseln mißlang der Versuch einer Konsensbildung zwischen den Zwölf. Bei der Resolution über die "Question of the Falkland Islands (Malvinas)"<sup>12</sup> erfolgte ein "three-way split" des europäischen Votums, das Vereinigte Königreich stimmte als einziger Mitgliedsstaat gegen die Resolution, während Griechenland, Frankreich, Italien und Spanien mit "Ja" votierten und die verbleibenden sieben EG-Staaten sich der Stimme enthielten.

In den vergangenen Jahren war Dänemark in den meisten Themengebieten im "mainstream" anzutreffen, wohingegen es eher "non-konformistische" Positionen bei Entschließungen zu Menschenrechts- und Abrüstungsfragen sowie zu sozialen Problemen bezog. In vielen derartigen Resolutionen nahm Dänemark eine gemeinsame Position mit den Mitgliedern der Nordischen Gruppe ein.<sup>13</sup> Auch in Verwaltungs- und Haushaltsfragen im 5. Hauptausschuß der GV befand sich Dänemark oft im Konflikt mit seinen europäischen Partnern. Dänemark war an fünf der acht in diesem Ausschuß auftretenden abweichenden EG-Voten beteiligt. Auch sein einziges "two-minority" Votum wurde in diesem Ausschuß abgegeben.<sup>14</sup> Die Tatsache jedoch, daß Dänemark seit 1981 nur ein einziges "one-minority" Votum und nur vier "two-minority" Voten abgab, ist ein Indikator für die Absicht, eine völlige Isolation zu vermeiden und nur zusammen mit anderen EG-Staaten eine Minderheitsposition zu beziehen.

Irland ist eher zu den "Non-Konformisten" innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu zählen, zu denen man auch Griechenland und Spanien rechnen kann. In sicherheitspolitischen und militärischen Fragen befindet sich Irland, das als einziges EG-Mitglied nicht der NATO angehört, in der Rolle eines Außenseiters. Die Mehrheit seiner 27 Minderheitenvoten im Jahre 1985 wurden dementsprechend zu Abrüstungsfragen abgegeben. Auch bei vielen wirtschaftspolitischen Themen orientiert sich Irland mehr an Ländern der Dritten Welt als an seinen europäischen Partnern; eine eher "non-konformistische" Position vertritt es ebenfalls in Menschenrechts- und Sozialen Fragen. Alle sieben seiner "two-minority" Voten gab Irland zusammen mit Griechenland in der 40. GV zu Abrüstungsentschließungen ab.

Die beiden neuen Mitgliedsstaaten der EG, Spanien und Portugal haben sich sehr schnell in den EPZ-Prozeß in New York integriert. Dies trifft insbesondere auf Portugal zu, das mit der Abgabe von nur 11 Min-

derheitenpositionen in der 40. GV seine pro-europäische Haltung und Konsensbereitschaft verdeutlichte. Aufgrund ihrer Sonderbeziehungen zu ehemaligen Kolonien in Afrika sowie Mittel- und Südamerika sehen sich die beiden neuen Mitgliedsstaaten als Verbindungselement zwischen der EG und diesen afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern in den Vereinten Nationen. Die Förderung der Etablierung von Konsultationen der EG mit der Contadora-Gruppe durch Spanien und Portugal 1984 und 1985 und deren Intensivierung bis heute ist ein herausragendes Beispiel für die zunehmende Sensibilisierung Europas für Lateinamerikanische Probleme. Zu Nah-Ost Themen gab Spanien, gemeinsam mit Griechenland, sieben "two-minority" Voten zur EntschlieÙung über die "Question of Palestine"<sup>15</sup> ab. Diese beiden Staaten nahmen grundsätzlich eine eher "pro-arabische" Haltung<sup>16</sup> im Gegensatz zu den übrigen EG-Staaten ein, die vereinzelt auch von Italien und Frankreich unterstützt wurde. Spanischer Dissens erfolgte auch bei Abrüstungs -und Menschenrechtsthemen. Bei Südafrika-Resolutionen schloß sich Portugal oft der britisch - deutschen Minderheitenposition an. Auf der Grundlage seiner zahlreichen Minderheitsvoten kann Spanien, trotz einer wesentlich pro-europäischeren Grundeinstellung als Griechenland in der 40. GV, zu der Gruppe der "Non-Konformisten" innerhalb der EPZ gerechnet werden.



TABELLE V

MINDERHEITENVOTEN IM EG-BLOCK IN DER  
40. GENERALVERSAMMLUNG<sup>17</sup>

	MINDERHEIT VON					TOTAL
	1	2	3	4	5	
Belgien	0	0	1	0	0	1
Dänemark	0	1	5	9	2	17
BR Deutschland	0	1	3	2	1	7
Griechenland	9	17	15	10	3	54
Frankreich	4	3	4	4	3	18
Irland	0	7	7	9	4	27
Italien	0	0	0	2	3	5
Luxemburg	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	2	2	1	5
Großbritannien	1	3	4	2	1	11
Portugal	0	0	6	2	3	11
Spanien	1	12	10	10	4	37

TABELLE VI

VERGLEICH VON MINDERHEITEN IN DER EG 1981-1985

	<u>MINDERHEITEN</u>																			
	von einem					von zwei					von drei					von vier				
	1981	1982	1983	1984	1985	1981	1982	1983	1984	1985	1981	1982	1983	1984	1985	1981	1982	1983	1984	1985
BELGIEN	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	1	1	6	5	1	0
DÄNEMARK	1	0	0	0	0	1	2	0	0	1	3	7	17	10	5	4	4	7	6	9
BR DEUTSCHLAND	0	1	0	0	0	1	3	5	2	1	3	2	4	4	3	5	5	9	5	2
GRIECHENLAND	28	26	33	38	9	9	14	9	13	17	5	10	17	11	15	3	4	5	2	10
FRANKREICH	2	2	2	4	4	5	6	4	5	3	4	3	4	4	4	4	6	7	4	4
IRLAND	1	1	0	1	0	6	11	7	12	7	6	9	17	9	7	3	3	5	3	9
ITALIEN	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	0	0	4	4	6	2	2
LUXEMBURG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	3	5	4	1	0
NIEDERLANDE	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	1	1	0	2	2	3	6	3	3	2
GROßBRITANNIEN	3	2	4	5	1	5	7	8	6	3	2	2	6	5	4	6	9	9	5	2
PORTUGAL					0					0					6				2	3
SPANIEN					1					12					10				10	4



Griechenland beschreibt seine Rolle in der EPZ selbst als die einer "progressive force", wobei es die EG in vielen Aktionen unterstütze, Anstrengungen zur Erlangung einer einheitlichen Haltung unternehme und auch "Opfer zur Erlangung gemeinsamer europäischer Positionen" mache. Viele europäische Diplomaten charakterisieren Griechenland dagegen eher als "trouble-maker". Griechenland ist das schwierigste Mitglied im EPZ-Prozeß, das alleine 1985 in 54 Fällen von den Positionen seiner europäischen Partner divergierte. Seit seinem EG-Beitritt 1981 hat es 134 "single-minority" Voten in der GV abgegeben, eine Zahl, die beinahe viermal so hoch ist, wie die Summe von 35 "one-minority" Voten, abgegeben von den anderen elf Mitgliedsstaaten im gleichen Zeitraum. In allen Hauptausschüssen der GV ist Griechenland der "top non-conformist" der EPZ-Gruppe; insbesondere bei Abrüstungsfragen und sicherheitspolitischen Themen, bei Entschlieûungen zum Nahen Osten, Südafrika und bei Menschenrechtsfragen sind die Minderheitsvoten Griechenlands am höchsten. Mit Ausnahme der ökonomischen Themen war Griechenland in allen in der GV umstrittenen Themen "non-konformistischer" als seine Europäischen Partner.

#### ABSTIMMUNGSVERHALTEN IN POLITISCHEN KERNBEREICHEN

Bei einer Analyse der Stimmabgaben der Zwölf in der 40. GV kann festgestellt werden, daß die Zwölf in 114 von 195 Voten unterschiedliche Positionen bezogen. Die Kernbereiche des Dissens innerhalb der Zwölfer-Koordination sind hauptsächlich in den Teilgebieten Abrüstung, Naher Osten und Südafrika anzutreffen, aber auch bei Rechts- und Dekolonisierungsfragen. Fehlende Konformität und gemeinsame Positionen halten sich in den verbleibenden Bereichen - bei Ausklammerung von "single issue" Resolutionen, wie die über die Falkland Inseln oder die Seerechtskonvention, die Waage. Schließt man weiterhin die Voten der "neuen" Mitglieder Griechenland, Spanien und Portugal, bei einer Analyse der abweichenden Stimmabgaben aus (wie dies in den Tabellen III, IV und VII erfolgte), so reduziert sich die Anzahl der "dissenting votes" für die 40. GV auf 88. Insbesondere eine Nichtberücksichtigung des Abstimmungsverhaltens der beiden Länder mit den höchsten Minderheitsvoten, Griechenland und Spanien, wirkt sich entsprechend auf eine Analyse der Abstimmungsdisziplin bei den unterschiedlichen Themen aus. Bei einer

Ausklammerung von Irland, des dritten "Non-Konformisten" in der EG, würde die Anzahl der unterschiedlichen Stimmabgaben weiter abnehmen.

TABELLE VII

STIMMENSPLITTING IN POLITISCHEN KERNGEBIETEN  
IN DER 40. GENERALVERSAMMLUNG

THEMA	VOTEN GESAMT	UNEINHEITLICHE	UNEINHEITLICHE VOTEN
		VOTEN DER 12	OHNE GRI/PO/SP/IR
Abrüstung	57	40	29
Naher Osten	38	18	6
Südafrika/Namibia	22	10	8
Menschenrechte	26	12	11
Haushaltsfragen	16	8	6
Wirtschaftsthemen	14	7	5
Dekolonisierung	7	7	5
Rechtsthemen	3	3	3
Falkland	3	3	3
Internationales Seerecht	1	1	1

Insbesondere in Abrüstungsfragen, zu Südafrika und dem Nahen Osten kann eine große Übereinstimmung außenpolitischer Positionen zwischen den dann verbleibenden neun Mitgliedsstaaten verzeichnet werden. Griechenland und Irland waren beispielsweise alleine für elf der vierzig unterschiedlichen Stimmabgaben zu Abrüstungsthemen innerhalb der EPZ verantwortlich. In Bezug auf den Nahen Osten verfolgten wiederum Griechenland, Spanien und Portugal eine eher "non-konformistische" Politik innerhalb der EG. Zwölf der Achtzehn Minderheitenvoten wurden in diesem Bereich von diesen drei Mitgliedsstaaten abgegeben. Bei Nah-Ost Resolutionen haben die "alten" neun EG-Mitgliedsstaaten einen hohen Grad



an Übereinstimmung durch einheitliche Abstimmungen und durch gemeinsame Erklärungen erreicht, während die Dissenspositionen überwiegend von den "neuen" EG-Mitgliedern stammen. Die Europäer stimmen insbesondere bei humanitären Fragen zusammen mit der Dritten-Welt-Mehrheit und sind in diesem politischen Kernbereich im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten nicht so isoliert wie dies bei Südafrika-Resolutionen der Fall ist.

Welcher Mitgliedsstaat letztendlich eine abweichende Haltung einnimmt ist jedoch von Resolution zu Resolution unterschiedlich. Bei der Analyse des Abstimmungsverhaltens konnten trotzdem zwei nicht-organisierte und bezogen auf die Zusammensetzung offene Gruppen innerhalb der Zwölf unterschieden werden: die "main-Stream" Mitglieder, bestehend aus den drei Beneluxstaaten, Italien und der Bundesrepublik Deutschland; und Griechenland, Irland und Spanien als die sogenannten "Non-Konformisten". Die restlichen Mitgliedsländer verfolgen bei bestimmten individuell unterschiedlichen Themen nationale Sonderinteressen, schließen sich aber gewöhnlich den "mainstream" Staaten nach einem Harmonisierungsprozeß der divergierenden Positionen an. Griechenland, Irland und Spanien haben eine höhere Anzahl von abweichenden Positionen zu Themen wie Abrüstung oder dem Nahen Osten. Bezüglich dieser Themen nahmen diese drei Staaten, charakterisiert durch ihre hohe Anzahl von Minderheitenvoten innerhalb des EPZ-Blockes, entweder eine eher "pro-Arabische" Position ein, oder wichen von der bestehenden NATO-Position bei Abrüstungsfragen ab. Diese Staaten waren auch öfters im Abstimmungslager der Dritten-Welt Mehrheit anzutreffen.

Diverse Gründe für Konsens oder Dissens konnten bei einer Analyse des Verhaltens der Zwölf in bestimmten politischen Kernbereichen gefunden werden. Sie bestehen erstens in dem Faktum, daß bei einer Mitgliedschaft in einer "contact group", wie der Namibia-Gruppe oder der Nordischen Gruppe, das EG-Mitglied sich bei einem Konflikt zwischen EPZ- und Gruppenposition sich der Meinung der Gruppe anschließt. Zweitens, falls ein Mitglied Sonderbeziehungen zu anderen Blöcken unterhält, wie dies für Spanien bezüglich Lateinamerika, für Griechenland gegenüber den arabischen Staaten, für Großbritannien oder anderen EG-Ländern gegenüber ehemaligen Kolonien zutrifft, schließen sich diese Mitgliedstaaten bei einer Divergenz mit der EG-Position den nicht-europäischen Gruppen an. Drittens, falls ein Mitglied bereits vor Gründung der EPZ oder vor dem Beitritt in die EG individuelle Standpunkte zu bestimmten Themen besaß,

wie dies für die britische und französische Sicherheitspolitik, die spanische Südamerika- oder die griechische Palästinapolitik zutrifft, ist dieses EG-Mitglied wesentlich reluktanter, diese Positionen aufzugeben. Viertens, falls ein Mitgliedsstaat Beweise für seine "ideologische" Zuverlässigkeit erbringen möchte, wie dies für Dänemark und die Niederlande in Menschenrechts- oder Wirtschaftsfragen oder für Irland und Griechenland bei Abrüstungsthemen zutrifft, wird dieses Mitglied sich nicht in Übereinstimmung mit der EG-Position befinden.

Generell ist jedoch zu beobachten, daß sich die nationalen Positionen der Mitgliedsstaaten im EPZ-Entscheidungsfindungsprozeß vom Dissens zum Gruppenkonsens hinbewegten. Dies hängt natürlich auch von der entsprechenden innenpolitischen Situation in den Mitgliedsstaaten ab. Fälle in denen sich Dissenspositionen reduzierten, erfolgten in unterschiedlichen Entwicklungsphasen mit vielen unterschiedlichen Varianten: Mit ihrer Position zur Frage des Nahen Osten, näherte sich die EG-Gruppe immer mehr einer ursprünglichen Minderheitenposition an, wobei in diesem speziellen Fall, die Süderweiterung der EG die Kräfteverhältnisse entsprechend verschob. Bei Wirtschaftsresolutionen hingegen, schloß sich die Minderheit nach einem Assimilierungsprozeß der Mehrheitsposition an.



## DIE EPZ IN DER GENERALVERSAMMLUNG: EINE SCHLUßBETRACHTUNG

Die Europäische Gemeinschaft hat einen langen Weg in Richtung Integration hinter sich, besitzt aber immer noch keine wirklich föderale Struktur, geschweige denn, daß sie eine politische und wirtschaftliche Einheit bildet. Nichtsdestoweniger hat die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten innerhalb des EPZ-Frameworks den Zwölf ermöglicht, zu außenpolitischen Themen mit "einer Stimme" zu sprechen. Das "Teamwork" in der Generalversammlung hat gezeigt, daß die Europäer umsomehr als internationaler Dialogspartner und als einflußreicher Akteur in den Vereinten Nationen akzeptiert werden je intensiver sie als einheitliche Gruppe agieren. Die GV bildet eines der wichtigsten Darstellungsforen für die EPZ. Die Beispiele von EPZ-Initiativen beweisen eindeutig den Willen und die Fähigkeit der Mitgliedsstaaten, eine kohäsive europäische Position, basierend auf der besonderen geostrategischen europäischen Ausgangslage verbunden mit dem entsprechenden Aktionspotential, innerhalb der Vereinten Nationen zu vertreten. Die Zwölf werden in den meisten Kernbereichen von der Dritten Welt als einheitlich auftretender politischer Block akzeptiert.

Die EPZ-Koordination zwischen den Zwölf hat innerhalb der nationalen Außenministerien eine Menge Professionalismus, politischen Sachverstand und Erfahrung mobilisiert. Persönliche Beziehungen, ein detailliertes Wissen des Koordinationsprozesses und vertrauliche Gespräche haben ein festes Fundament für den multilateralen Entscheidungsprozeß geschaffen. Basierend auf diesen "esprit de corps" wurde ein europäischer "Zeitgeist" etabliert, der es den Partnern ermöglicht, sehr flexible Kooperationsmechanismen mit der Fähigkeit der Anpassung an wechselnde politische Umstände zu schaffen.

Die Anzahl der Konsultationen und der behandelten Themen haben in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen der EPZ zugenommen. Die steigende Anzahl von Konsultationen haben aber auch die internen Limitationen der Kooperation aufgezeigt. Der Wunsch, nationales Profil zu zeigen, wie auch die Verfolgung gesonderter politischer und wirtschaftlicher Interessen gegenüber der Dritten Welt, sind in vielen Fällen stärker als der permanente Druck innerhalb der EPZ zur Erlangung von außenpolitischen Gemeinschaftshaltungen.

Die EPZ hat in der Generalversammlung unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre Grenze erreicht; der Koordinierungsprozeß hat sich einem Umfang entwickelt, der kaum noch Möglichkeiten für weitere technische Verbesserungen bietet. Die Zwölf treten in ihrer gegenwärtig erreichten Integration auf der Stelle. Die gleichen Meinungsverschiedenheiten tauschen solange in New York auf, wie sie nicht auf höherer Ebene in Europa diskutiert und gelöst sind.

Weiterhin hat die Süderweiterung der EG die Schwierigkeiten zunehmen lassen, die dem Konsensusprozeß immanent sind. Wie Stanley Hoffman feststellt: "the price of broader membership is a far more contentious process of decision, and harder bargaining among divergent interests rather than upgrading the common interest".<sup>18</sup> Der Beitritt Griechenlands 1981 hat sich als Hauptnachteil für eine Expansion gemeinsamer Positionen erwiesen. Dies hat wiederum eine Tendenz zur Desintegration geschaffen, die zu einer Abnahme von einheitlichen Stimmabgaben in der Generalversammlung führte. Die "Nichtkonformität" Griechenlands erleichterte es anderen Mitgliedsstaaten aus dem europäischen "mainstream" auszubrechen und mit Griechenland dessen Minderheitenposition zu teilen.

Die Teilnahme von Portugal und Spanien in der 40. Generalversammlung hat jedoch nicht, wie man von ihrer größeren Bereitschaft zur Unterstützung von Positionen der Dritten Welt Mehrheit erwartet hatte, zu einer verminderten Integration geführt. Beide Staaten haben sich relativ problemlos in den EPZ-Prozeß eingegliedert und haben in vielen Fällen, in denen sie keine etablierten Positionen hatten, die bereits bestehenden EG-Positionen angenommen.

Für den Politikwissenschaftler ist die EPZ von besonderem Interesse, weil diese Kooperationsform eine einzigartige Verbindung verschiedener Organisationsprinzipien darstellt. Für das Studium von Internationalen Organisationen bietet die EPZ Möglichkeiten zur kritischen Diskussion der Funktionalismus-Theorie und kann helfen, zukünftige Theoriekonstruktionen im Bereich der Integrationsforschung zu stimulieren. Bis Mitte der 60er Jahre bestätigte die Entwicklung der europäischen Integration die Vorhersagen der Neo-Funktionalisten, die eine politische Integration als "by-product" der funktionalen wirtschaftlichen Kooperation vorhersagten. Vom Ende der späten 60er Jahre wurde der Neo-Funktionalismus im Lichte der Stagnation des europäischen Integrations-



prozeßes zunehmend kritisiert. Andererseits nahm die Kooperation auf Regierungsebene in den 1970er Jahren zu, wie anhand der steigenden Bedeutung der Gipfeldiplomatie des Europäischen Rates und anhand der Europäischen Politischen Zusammenarbeit beobachtet werden konnte. Die EPZ verbindet die funktionale multilaterale EG-Organisation mit der intergouvernementalen Kooperation der zwölf nationalen Außenministerien. Durch ihre Aktionen im Forum der Vereinten Nationen bietet die EPZ eine Verbindung zwischen den VN und der EG, wodurch eine Harmonisierung der beiden, hauptsächlich auf der Basis des Organisationsprinzips der EPZ, ermöglicht wird. Die Europäische Gemeinschaft erhält durch die EPZ eine größere Bühne, die es ihr erlaubt, die Realitäten und Grenzen des Europäischen Integrationsprozesses zu testen.

Der Integrationsdruck ist bisher jedoch noch nicht stark genug, um nur noch gemeinsame EG-Positionen und die Einbringung von EG-Vorschlägen in der Generalversammlung zu verwirklichen. Jedoch sollte auch der Umfang des bisher erreichten nicht unterschätzt werden. Für ein einzelnes Mitglied ist es fast nicht länger möglich, mit einer Initiative ohne die Unterstützung seiner europäischen Partner erfolgreich zu sein, oder etwa die Lancierung eines Vorschlages in Angriff zu nehmen, ohne diesen vorher in den gemeinsamen Mechanismen mit den EG-Partnern abgestimmt zu haben.

Der Erfolg der EPZ in der Generalversammlung ist beeindruckend, die Zwölf haben ein solides Substrat an Gemeinsamkeit erreicht, unterstützt von einer gemeinsamen Präsentation von Positionen sooft dies möglich ist. Die Etablierung des EPZ-Sekretariats in Brüssel durch die Einheitliche Europäische Akte wird natürlich auch die Zusammenarbeit in New York beeinflussen, die unter den gegenwärtigen Umständen ihre technischen Grenzen erreicht hat. Das EPZ-Sekretariat wird die Kohärenz des EPZ-Prozesses steigern helfen und könnte so als zusätzlicher Integrationsfaktor dienen, obwohl keine sofortigen Änderungen für die Zusammenarbeit der Zwölf in "Turtle Bay" erwartet werden können. Die EPZ hat in den Vereinten Nationen manchmal als Modell für eine weitergehende Europäische Kooperation fungiert. Fortschritt in der politischen Zusammenarbeit der Zwölf in New York wird weiterhin jedoch von einer zukünftigen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union abhängig bleiben.



## ANMERKUNGEN

1. Die Begriffe "Europäische Gemeinschaft", "Europäische Politische Zusammenarbeit" oder "Europa" werden in diesem Beitrag bewußt für EG und EPZ, außer wo es unvermeidbar ist, gemeinsam verwendet. Der Ausdruck "die Zwölf" wird im gesamten Beitrag für die ursprünglich sechs, dann neun, später zehn und heute zwölf Mitgliedsländer der EG benutzt.

2. Aufgrund der Veröffentlichungspraxis für VN-Dokumente schließt dieser Artikel mit der 40. GV 1985/86. Größere Änderungen in der Zusammenarbeit der Zwölf sind aufgrund der Analyse des bisher vorliegenden Zahlenmaterials der 41. GV 1986/87 jedoch nicht aufgetreten, so daß die 40. GV als Analysegrundlage weiterhin aktuell ist. Alle von den Zwölf in der 40. GV abgegebenen Erklärungen kann in der kürzlich erschienenen 2. Folge der Zeitschrift: European University Institute (Hrsg.), *EPC Bulletin* 1985, Vol. 1, No.2 (Florence, 1988) nachgesehen werden. Das gesamte Abstimmungsverhalten der Zwölf wie auch ihre uneinheitlichen Stimmabgaben können in Anhang I und II nachgesehen werden.

3. Für einen aktuellen Überblick über die GV sei auf das Buch von M.J. Peterson, *The General Assembly in World Politics* (Boston, 1986); und zur Europäischen Integration und EPZ auf Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.), *Jahrbücher der Europäischen Integration 1980-1986*, Institut für Europäische Politik (Bonn, 1981-1987) hingewiesen.

4. Der offizielle Beitritt Spaniens und Portugals zur EG erfolgte am 01. Januar 1986; ihre Inkorporation in den EPZ-Prozeß in New York fand allerdings bereits am 01. September 1985 statt. Dies ermöglichte eine Analyse der Kooperation aller zwölf EG-Mitgliedsstaaten für die 40. GV.

5. Mit der GV Resolution 3208(XXIX) vom 11. Oktober 1974 erhielt die EWG Beobachterstatus in der Generalversammlung.

6. Jackson, Richard, *The Non-Aligned, The UN and the Superpowers* (Praeger, New York, 1983), S. 134.

7. Siehe GV Resolutionen 40/93 Paragraph 4 "Israeli nuclear armament", 40/94H "nuclear-weapon freeze" und 40/152A "Non-use of nuclear weapons and prevention of nuclear war".

8. GV Resolution 40/63.

9. GV Resolutionen 40/97C, 40/97E und 40/97F.

10. Die Namibia-Gruppe wurde 1977/78 etabliert. Sie besteht aus den damaligen fünf westlichen Mitgliedern des Sicherheitsrates nämlich den Vereinigten Staaten, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Kanada und der Bundesrepublik Deutschland.

11. GV Resolution 40/64D.

12. GV Resolution 40/21.

13. Die Nordische Gruppe in der GV besteht aus den sechs Mitgliedern des Nordischen Rates (Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und



Finnland).

14. Dänemark stimmte der EntschlieÙung über einen "Working Capital Fund for the Biennium" (GV Res. 49/255) zu, während Spanien diese Resolution ablehnte und die übrigen EG-Staaten sich der Stimme enthielten.

15. GV Resolution 40/96A-D.

16. Interview mit Diplomaten Europäischer Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York, September 1986.

17. "Three-way-splits" sind hierbei ausgeschlossen, da in den entsprechenden Abstimmungen meistens keine starke Mehrheit innerhalb der EG für eine Abstimmungsoption zu Tage tritt. Ist dies ausnahmsweise doch der Fall, wurde die Abstimmung in eine der verbleibenden fünf Möglichkeiten für Minderheitenvoten eingeordnet. Siehe hierzu auch Anhang II.

18. Hoffmann, Stanley, "The U.S. and Western Europe: Wait and Worry", *Foreign Affairs*, 63, No. 3 (1985), S. 646.

## ANHANG I + II

### ANHANG I

#### VOTEN DER ZWÖLF IN DER 40. GENERALVERSAMMLUNG

### ANHANG II

#### UNEINHEITLICHE VOTEN DER ZWÖLF IN DER 40. GENERALVERSAMMLUNG

Abkürzungen werden wie folgt verwendet:

Europäische Gemeinschaft = EC; Belgien = B; Dänemark = DK; Bundesrepublik Deutschland = FRG;

Frankreich = F; Griechenland = G; Irland = IRL; Luxemburg = LUX; Niederlande = NL;

Vereinigtes Königreich = UK; Portugal = P; Spanien = S;

Gemeinsames Votum (Common Vote) = CV; Uneinheitliches Votum (Divided Vote) = DV; Resolution = RES.

Gemeinsame Erklärung (Common Declaration) = CD; Gemeinsame Resolutionserklärung (Common Declaration on Resolution) = DR; Erklärung zur Stimmabgabe (Explanation of Common Votes) = ECV



# ANHANG I

## VOTEN DER ZWÖLF IN DER 40. GENERALVERSAMMLUNG

**Table of Votes by the Twelve on the resolutions, amendments  
and important paragraphs cast in the 40th G.A. Plenary**

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN PLENARY	VOTE Yes No Ab EC	B D	F G	F I	I L	N U	P S	S*
	1986				R R	G	R L	X			
VOTES CAST ON RESOLUTIONS WITHOUT REFERENCE TO A MAIN COMMITTEE											
40/2	10/16	Credentials of representatives to the 40th GA Motion of not taking action to amendment A/40/L.3 (Israeli credentials)	Consensus	80 41 20	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/5	10/25	Co-operation between the U.N. and the League of Arab States	133 2 2	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
	1/11	Amendment A/40/L.10, L.9 (Iranian proposal)	79 2 50	CV	A	A	A	A	A	A	A
40/6	1/11	Israeli aggression against Iraqi nuclear installations	88 13 39	DV	N	N	N	A	A	A	N
40/7	5/11	Situation in Kampuchea	114 21 16	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/11	11/11	Right of peoples to peace	109 0 29	CV	A	A	A	A	A	A	A
40/12	11/13	Situation in Afghanistan	122 19 12	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/19	11/21	Return of cultural property to the countries of their origin	123 0 15	DV	A	A	A	Y	A	A	A
40/21	11/27	Question of the Falkland Islands (Malvinas) 1st British amendment	107 4 41	DV	A	A	A	Y	Y	A	A
		2nd British amendment	38 60 43	DC	Y	Y	Y	A	A	Y	A
40/56	12/2	25th anniversary of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries	139 0 13	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A
40/57	12/2	Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples	141 3 7	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A
40/58	12/2	Dissemination of information on decolonization	142 3 6	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN	VOTE	B	D	F	G	F	I	I	L	N	U	P	S
	1986		PLENARY													
			Yes	No	Ab	EC										
VOTES CAST ON RESOLUTIONS WITHOUT REFERENCE TO A MAIN COMMITTEE																
40/62	12/9	Question of the Comorian island of Mayotte	117	1	22	DV	A	A	A	A	N	A	A	A	A	A
40/63	12/10	Law of the Sea	140	2	5	DV	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	A	Y
40/64		<i>Policies of apartheid of the Government of South Africa:</i>														
40/64A	12/10	Comprehensive sanctions against the racist regime South Africa	122	18	14	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N
40/64B	12/10	Situation in South Africa and assistance to the liberation movements	128	8	18	DV	N	A	N	Y	N	A	N	N	A	N
40/64C	12/10	World Conference on Sanctions	137	6	10	DV	N	Y	N	Y	A	Y	N	A	N	N
40/64D	12/10	Public information and action against apartheid	150	0	5	DV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	A	Y
40/64E	12/10	Relations between Israel and South Africa	102	20	30	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	A
40/64F	12/10	Programme of work of Special Committee against Apartheid	141	2	12	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	A	A
40/64G	10/12	International Convention against Apartheid in Sports	125	0	24	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/64I	10/12	Concerted international action for the elimination of apartheid	149	2	4	DV	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	N	Y
40/96A	12/12	Question of Palestine	128	2	22	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	Y
40/96B	12/12	Question of Palestine	129	3	20	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	Y
40/96C	12/12	Question of Palestine	131	3	18	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	Y
40/96D	12/12	Question of Palestine	107	3	41	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		Paragraph 4 of preamble	84	22	38	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N
		Paragraph 8 of preamble	79	33	32	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N
		Paragraph 2	111	6	29	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	Y
		Paragraph 5	89	22	33	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N



RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN VOTE B D F G F I I L N U P S													
	1986		PLENARY				K R				R U L K					
			Yes	No	Ab	EC	G				L X					
VOTES CAST ON RESOLUTIONS WITHOUT REFERENCE TO A MAIN COMMITTEE																
40/97		Question of Namibia:														
40/97A 12/13		Situation in Namibia resulting from the illeg l	131	0	23	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		occupation of the territory by South Africa														
		separate vote on the words "United States" in														
		paragraph 24	63	55	30	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on the words "the United States"														
		in paragraph 25	59	58	29	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on the words "in particular US and														
		Israel" in paragraph 37	58	57	29	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on the words "Israel" in paragraph 46	79	47	25	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
40/97B 12/13		Implementation of Security Council Resolution 435	130	0	25	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		separate vote on the words "US and" in 6th														
		line of preamble	64	55	29	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on paragraph 11	59	40	47	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on the words "and the government of														
		the United States" in paragraph 12	54	63	29	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
		separate vote on paragraph 15	81	30	34	CV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
40/97C 12/13		Programme of work of the U.N. Council for Namibia	147	0	6	DV	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	Y	A	Y
40/97D 12/13		Information and mobilization of public opinion	132	0	23	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/97E 12/13		U.N. Fund for Namibia	148	0	6	DV	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	Y	A	Y
40/97F 12/13		Special session of the G.A. on the question of														
		Namibia	148	0	6	DV	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	Y	A	Y
40/168A 12/16		The situation in the Middle East	98	19	31	DV	N	N	N	Y	N	N	N	N	N	N
		Paragraph 10	64	33	41	CV	N	N		N	N	N	N	N	N	N
40/168B 12/16		The situation in the Middle East	86	23	37	DV	N	N	N	Y	N	N	N	N	N	N
40/168C 12/16		The situation in the Middle East	137	2	10	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN															
	1986		PLENARY				B	D	F	G	I	L	N	U	P	S		
			Yes	No	Ab	EC												
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FIRST COMMITTEE																		
40/18	11/18	Bilateral nuclear-arms negotiations	76	0	12	DV	A	Y	A	Y		Y	A	A		A	A	Y
40/79	12/12	Implementation of resolution 39/51 (Treaty of Tlatelolco)	139	0	7	DV	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/80A	12/12	Cessation of all test explosions of nuclear weapons	124	3	21	DV	A	A	A	Y	N	Y	A	A	A	N	A	A
40/80B	12/12	Idem	121	3	24	DV	A	A	A	Y	N	A	A	A	A	N	A	A
40/81	12/12	Urgent need for a comprehensive nuclear-test-ban treaty	116	4	29	DV	A	Y	A	Y	N	Y	A	A	Y	N	A	Y
		Paragraph 4	84	4	55	DV	A	Y	A	Y	N	Y	A	A	Y	N	A	Y
		Paragraph 5	94	12	35	DV	Y	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/83	12/12	Establishment of a nuclear-weapon-free zone in South Asia	104	3	41	DV	Y	A	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	A	Y	Y
40/84	12/12	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons	Consensus															
40/85	12/12	Convention on the security of non-nuclear-weapon states	101	19	25	DV	N	N	N	N	A	N	A	N	N	N	N	N
40/86	12/12	International arrangements against the use or threat of use of nuclear weapons	142	0	6	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/87	12/12	Prevention of an arms race in outer space	151	0	2	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
		Paragraph 5	123	2	21	DV	A	A	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	A
		Paragraph 9	136	2	11	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	Y
40/88	12/12	Implementation of resolution 39/60	120	3	29	DV	A	A	A	Y	N	A	A	A	A	N	A	A
40/89A	12/12	Declaration of the Denuclearization of Africa	148	0	6	DV	A	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y
40/89B	12/12	Nuclear capability of South Africa	135	4	14	DV	A	Y	A	Y	N	Y	A	A	A	N	A	Y
40/90	12/12	Prohibition of new types of weapons of mass destruction	128	1	21	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/91B	12/12	Reduction of military budgets	113	13	15	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y



RES	DATE 1986	CONTENTS	VOTE IN															
			PLENARY				B D F G F I I L N U P S				K R R U L K							
			Yes	No	Ab	BC												
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FIRST COMMITTEE																		
40/92A	12/12	Chemical and bacteriological weapons	93	15	41	DV	N	A	N	A	N	A	N	A	N	N	N	N
40/92C	12/12	Idem	112	16	22	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/93	12/12	Israeli nuclear armament	101	2	47	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	A	A
		Paragraph 4	91	24	28	DV	N	N	N	Y	N	N	N	N	N	N	N	N
		Paragraph 5	89	22	32	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N	N	N
40/94		General and complete disarmament:																
40/94A	12/12	Conventional disarmament on a regional scale	128	0	8	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/94F	12/12	Study on the naval arms race	146	1	3	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/94G	12/12	Prohibition of fissionable material for weapons	145	1	7	DV	Y	Y	Y	Y	N	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y
40/94H	12/12	Nuclear-weapon freeze	120	19	59	DV	N	N	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N
40/94I	12/12	Limitation and reduction of naval armaments (confidence-building measures)	71	19	59	DV	N	N	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N
40/94K	12/12	Objective information on military matters	107	13	16	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/94L	12/12	Compliance with arms limitation and disarmament agreements	131	0	16	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/94M	12/12	Third Review Conference to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons	138	0	11	DV	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	Y	A
40/94N	12/12	Disarmament and the maintenance of international peace and security	99	0	53	DV	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/150	12/16	Economic and social consequences of the armaments race	139	1	7	DV	A	Y	A	Y	A	Y	Y	A	A	A	Y	Y

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN	VOTE	B	D	F	G	P	I	L	N	U	P	S
	1986		PLENARY												
			Yes	No	Ab	EC		G		L	X				
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FIRST COMMITTEE															
40/151		<i>Review and implementation of the 12th Special Session of the General Assembly:</i>													
40/151A	12/16	Disarmament and international security	123	1	23	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A
40/151B	12/16	World Disarmament Campaign	139	0	11	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	Y
40/151C	12/16	Nuclear-arms freeze	131	10	8	DV	N	Y	A	Y	A	Y	N	A	N
40/151D	12/16	World Disarmament Campaign(actions and activities)	114	0	34	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/151E	12/16	Freeze on nuclear weapons	126	12	10	DV	N	Y	N	Y	N	Y	N	N	N
40/151F	12/16	Convention on the Prohibition of the Use of Nuclear Weapons	126	17	6	DV	N	N	N	A	N	A	N	N	N
40/151H	12/16	U.N. programme of fellowships on disarmament	148	1	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/152		<i>Review of the implementation of the recommendations of the 10th special session of the G.A.:</i>													
40/152A	12/16	Non-use of nuclear weapons and prevention of nuclear war	123	19	7	DV	N	N	N	Y	N	Y	N	N	N
40/152B	12/16	Bilateral nuclear-arms and space-arms negotiations	107	0	40	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/152C	12/16	Nuclear-weapons in all aspects	117	19	11	DV	N	N	N	Y	N	A	N	Y	N
40/152E	12/16	Disarmament Week	129	0	22	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/152G	12/16	Climatic effects of nuclear war	141	1	10	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	Y
40/152H	12/16	Prohibition of the nuclear neutron weapon	70	11	65	DV	N	A	N	A	N	A	N	A	N
40/152I	12/16	International co-operation for disarmament	109	19	17	DV	N	N	N	A	N	A	N	N	N
40/152J	12/16	Recommendations of the 10th special session	128	0	20	DV	A	Y	A	Y	Y	Y	A	A	Y
40/152M	12/16	Report of the Conference on Disarmament	133	2	18	DV	A	A	A	Y	N	Y	A	A	A
40/152N	12/16	Recommendations of the 10th special session	135	13	5	DV	N	Y	N	Y	N	Y	A	N	N
40/152P	12/16	Cessation of the nuclear-arms race and nuclear disarmament	131	16	6	DV	N	A	N	Y	N	Y	N	N	N



RES	DATE		VOTE IN	VOTE	B	D	F	G	F	I	L	N	U	P	S
1986		CONTENTS	PLENARY												
			Yes	No	Ab	EC		G		L	X				

VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FIRST COMMITTEE

40/152Q	12/16	Prevention of nuclear war	136	3	14	DV	A	A	A	Y	N	Y	A	A	N	A	A
40/156A	12/16	Question of Antarctica	96	0	11	CV				A		A				A	
40/156B	12/16	Idem	92	0	14	CV				A		A				A	
40/156C	12/16	Idem	100	0	12	CV				A		A				A	
40/158	12/16	Implementation of the Declaration on the Strengthening of International Security	127	0	26	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/159	12/16	Implementation of the collective security provisions of the U.N. Charter	114	21	16	DV	N	A	N	Y	N	A	N	N	N	N	N

RES	DATE		VOTE IN	VOTE	B	D	F	G	F	I	L	N	U	P	S
1986		CONTENTS	PLENARY												
			Yes	No	Ab	EC		G		L	X				

VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE SPECIAL POLITICAL COMMITTEE

40/161	Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Population of the Occupied Territories:																
40/161A 12/16	Idem	95	2	37	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/161B 12/16	Idem	137	1	6	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
	Paragraph 1	139	1	4	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/161C 12/16	Idem	138	1	6	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/161D 12/16	Idem	109	2	34	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	A	Y
	Paragraph 6	85	19	37	DV	N	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N	A
	Paragraph 21	136	1	7	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/161E 12/16	Idem	126	1	19	DV	A	A	A	Y	Y	Y	A	A	A	A	Y	Y
	Paragraph 1	110	2	33	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	Y	Y
40/161F 12/16	Idem	136	1	10	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/161G 12/16	Idem	112	2	32	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	A	Y
	Paragraph 2	96	2	45	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/164A 12/16	Questions relating to information	121	19	8	DV	N	N	N	N	A	N	A	N	N	N	N	N
40/164B 12/16	Idem	122	16	9	DV	N	N	N	N	A	A	A	A	N	N	N	N

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN															
	1986		PLENARY				B	D	F	G	F	I	L	N	U	P	S	
			Yes	No	Ab	EC												
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE SPECIAL POLITICAL COMMITTEE																		
40/165		United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA):																
40/165A	12/16	Assistance to Palestine refugees	149	0	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/165D	12/16	Offers of grants and scholarships	147	0	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/165E	12/16	Palestine refugees in the Gaza strip	146	2	2	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/165F	12/16	Resumption of the distribution to Palestine refugees	127	20	4	DV	N	N	N	Y	N	N	N	N	N	N	N	A
40/165G	12/16	Population and refugees displaced since 1967	127	2	23	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	Y	Y
40/165H	12/16	Revenues derived from Palestine refugee properties	122	2	26	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	Y	Y
40/165I	12/16	Protection of Palestine refugees	116	2	33	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		7th line of preamble	101	16	29	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N	N	A
40/165J	12/16	Palestine refugees in the West Bank	146	2	2	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/165K	12/16	University of Jerusalem for Palestine refugees	149	2	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/167	12/16	Israel's decision to build a canal linking the Mediterranean Sea to the Dead Sea	150	1	0	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORT OF THE SECOND COMMITTEE																		
40/169	12/17	Economic development projects in the occupied Palestinian territories	138	2	7	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/170	12/17	Assistance to the Palestinian people	145	2	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/173	12/17	International economic security	96	19	28	DV	N	N	N	A	N	N	N	N	N	N	N	N
40/182	12/17	Charter of Economic Rights and Duties of States	134	1	19	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/183	12/17	Specific action related to the particular needs and problems of land-locked developing countries	152	0	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
		Paragraph 1	116	1	23	DV	A	A	A	A	Y	Y	Y	A	Y	A	Y	Y



RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN															
	1986		PLENARY				B D F G				I I L N				U P S			
			Yes	No	Ab	EC	K R				R U L K							
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORT OF THE SECOND COMMITTEE																		
40/185	12/17	Economic measures as a means of political and economic coercion against developing countries	128	19	7	DV	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
40/188	12/17	Trade embargo against Nicaragua	91	6	49	DV	A	Y	A	Y	Y	Y	A	A	A	A	A	Y
40/191	12/17	Reverse transfer of technology	151	1	0	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/197	12/17	Remnants of war	132	0	23	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/200	12/17	International co-operation in the field of the environment	149	0	6	DV	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	Y	Y	A	A	Y
		Paragraph 7 of preamble	123	8	17	DV	N	Y	N	Y	N	Y	A	A	Y	N	N	A
40/201	12/17	Living conditions of the Palestinian people in the occupied Palestinian territories	153	2	1	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/207	12/17	Long-term trends in economic development	141	1	12	DV	A	A	A	Y	A	Y	A	A	Y	A	A	A
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE THIRD COMMITTEE																		
40/23	11/29	National experience in achieving far-reaching social and economic changes for the purpose of social progress	133	1	11	DV	A	Y	A	Y	Y	Y	A	A	A	A	Y	Y
40/25	11/29	Importance of the universal realization of the right of peoples to self-determination and of the granting of independence for effective guarantee and observance of human rights	118	17	9	DV	N	N	N	N	A	N	A	N	N	N	N	A
		Paragraph 26	84	5	39	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/27	11/29	Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid	120	1	24	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		3rd line of preamble	114	9	16	DV	N	A	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N
		5th paragraph	118	11	14	DV	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N	N	N
		8th paragraph	119	11	12	DV	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N	N	N
40/28	11/29	Report of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination	136	1	9	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	Y
		4th paragraph	93	9	32	DV	N	A	N	A	N	A	N	N	N	N	N	N
		5th paragraph	122	1	22	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
		13th paragraph	122	0	23	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
40/100	12/13	World social situation	127	1	24	CV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN PLENARY	VOTE B	D	F	G	I	L	N	U	P	S
	1986		Yes No Ab EC				G		L	X			
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE THIRD COMMITTEE													
40/111	12/13	Human rights and use of scientific and technological developments	127	9	16	DV	N	A	N	Y	N	A	N
40/112	12/13	Human rights and scientific and technological developments	131	0	22	DV	A	A	A	Y	A	A	A
40/114	12/13	Indivisibility and interdependence of economic, social, cultural, civil and political rights	134	1	19	DV	A	A	A	Y	A	Y	A
		8th line of preamble	125	7	20	DV	A	A	N	A	N	A	N
		10th line of preamble	130	1	23	CV	A	A	A	A	A	A	A
		11th line of preamble	130	7	17	DV	A	A	N	A	N	A	N
40/124	12/13	Alternative approaches for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms	130	1	22	CV	A	A	A	A	A	A	A
40/137	12/13	Question of human rights and fundamental freedoms in Afghanistan	80	22	40	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/139	12/13	Situation of human rights and fundamental freedom in El Salvador	100	2	42	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/140	12/13	Situation of human rights and fundamental freedom in Guatemala	91	8	47	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/141	12/13	Situation of human rights in Iran	53	30	45	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/145	12/13	Situation of human rights and fundamental freedom in Chile	88	11	47	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/148	12/13	Measures to be taken against Nazi, Fascist and neo-Fascist activities all other forms of totalitarian ideologies	121	2	27	CV	A	A	A	A	A	A	A
		7th line of preamble	106	19	13	CV	N	N	N	N	N	N	N



RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN															
			PLENARY				B D F G F I I L N U P S				K R R U L K							
			Yes	No	Ab	EC												
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FOURTH COMMITTEE																		
40/50	12/2	Question of Western Sahara	96	7	39	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	A	A	Y
40/51	12/2	Information from Non-Self-Governing Territories	149	0	3	DV	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y	Y	Y	A	Y	Y
40/52	12/2	Activities of foreign economic and other interests	125	9	16	DV	N	A	N	A	N	A	N	N	N	N	N	A
40/53	12/2	Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples by the specialized U.N. agencies	126	3	22	DV	A	A	A	Y	A	A	A	A	A	N	A	A
ON THE REPORTS OF THE FIFTH COMMITTEE																		
40/59A	12/2	Financing of the U.N. Disengagement Observer Force	96	2	13	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/59B	12/2	Idem	93	10	6	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/239A	12/18	Final budget appropriations for the biennium 1984-1985	125	12	10	DV	A	Y	N	Y	A	Y	A	A	A	N	A	A
40/241B	12/18	Financial emergency of the United Nations	132	12	2	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/243	12/18	Pattern of conferences	Consensus															
		Pattern of conferences - section I	131	1	17	DV	A	A	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	Y
40/246A	12/18	Financing of the U.N. Interim forces in Lebanon	124	15	4	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/246B	12/18	Idem	122	14	7	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/247	12/18	Review of the rates of reimbursement to the governments of troop-contributing states	120	14	7	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/248	12/18	Scale of assessments for the apportionment of the expenses of the U.N.	109	15	27	DV	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	N
40/252	12/18	Questions to the proposed programme budget for the biennium 1986-1987	Consensus															
		Section IV	135	2	11	DV	Y	Y	Y	Y	A	Y	A	Y	Y	N	Y	Y
40/253		Programme budget for the biennium 1986-1987:																
40/253A	12/18	Budget appropriations for 1986-87	127	10	11	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	A
40/253B	12/18	Income estimates for 1986-87	137	10	0	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y
40/253C	12/18	Financing of appropriations for 1986	126	11	13	DV	A	Y	A	Y	A	Y	A	A	A	A	A	A

RES	DATE	CONTENTS	VOTE IN																	
	1986		PLENARY				B D F G				I L N U				P S					
			Yes	No	Ab	EC	R R				R U L K									
			Yes	No	Ab	EC	G	L	X											
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE FIFTH COMMITTEE																				
40/254	12/18	Unforeseen and extraordinary expenses for 1986-87	139	8	0	CV	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y			
40/255	12/18	Working Capital Fund for 1986-87	124	11	13	DV	A	Y	A	A	A	A	A	A	A	A	N			
40/257	12/18	Emoluments, pension scheme and conditions of service for the members of the International Court of Justices	121	11	15	DV	N	Y	N	Y	N	Y	A	N	A	N	N			
VOTES CAST ON RESOLUTIONS ON THE REPORTS OF THE SIXTH COMMITTEE																				
40/67	12/11	Development of the principles and norms of international law relating to the new international economic order	125	0	19	DV	A	A	A	Y	A	Y	A	A	Y	A	A			
40/69	12/11	Code of Offences against the Peace and Security of Mankind	127	6	9	DV	A	Y	N	Y	N	Y	A	A	A	N	A			
40/70	12/11	Report on Enhancing the Effectiveness of the Principle of Non-Use of Force in International Relations	119	14	12	DV	N	N	A	Y	N	A	N	N	N	N	N			



## ANHANG II

### UNEINHEITLICHE VOTEN DER ZWÖLF IN DER 40. GENERALVERSAMMLUNG

Minority Votes, of one two, three, four or five Member  
States; three-way split votes and diametrical opposed  
votes cast in the 40th G.A. Plenary

ISOLATED MINORITY (15x1)			
RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/19	Return of cultural property to the countries of their origin	Plenary	Greece
40/62	Question of the Comoran Island of Mayotte	Plenary	France
40/64A	Comprehensive Sanctions against South Africa	Plenary	Greece
40/64D	Public information and action against Apartheid	Plenary	United Kingdom
40/96D			
Par. 8 preamble	Question of Palestine	Plenary	Greece
40/79	Implementation of resolution 39/51 (Treaty of Tlatelcoco)	1st Com.	France
40/81			
Par. 5	Urgent need for a comprehensive nuclear test ban	1st Com.	France
40/93	Israeli nuclear armament	1st Com.	Greece
40/93			
Par. 4	Israeli nuclear armament	1st Com.	Greece
40/93			
Par. 5	Israeli nuclear armament	1st Com.	Greece
40/94N	Disarmament and the maintenance of international peace and security	1st Com.	France
40/151A	Disarmament and international security	1st Com.	Greece
40/173	International economic security	2nd Com.	Greece

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/112	Human rights and scientific and technological developments	3rd Com.	Greece
40/248	Scale of assessments for the apportionment of the expenses of the U.N.	5th Com.	Spain
MINORITY OF TWO (21x2)			
40/63	Law of the Sea	Plenary	F.R. of Germany United Kingdom
40/96A	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/96B	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/96C	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/96D Par. 4 preamble	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/96D Par. 2	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/96D Par. 5	Question of Palestine	Plenary	Greece Spain
40/81 Par. 4	Urgent need for a comprehensive nuclear-test treaty	1st Com.	United Kingdom France
40/85	Convention on the security of non-nuclear-states	1st Com.	Ireland Greece
40/87 Par. 5	Prevention of an arms race in outer space	1st Com.	Greece Ireland
40/94I	Limitation and reduction of naval armaments	1st Com.	Greece Ireland
40/94H	Nuclear-weapon freeze	1st Com.	Greece Ireland
40/94M	Third Review Conference to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons	1st Com.	France Spain
40/151F	Convention on the Prohibition of the Use of Nuclear Weapons	1st Com.	Greece Ireland



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/152A	Non-use of nuclear weapons and prevention of nuclear war	1st Com.	Greece Ireland
40/152I	International co-operation for disarmament	1st Com.	Greece Ireland
40/161D	Israeli practices in the occupied territories	SPC	Greece Spain
40/161G	Israeli practices in the occupied territories	SPC	Greece Spain
40/185	Economic measures as a means of political and economic coercion against developing countries	2nd Com.	Greece Spain
40/50	Question of the Western Sahara	4th Com.	Greece Spain
40/51	Information from Non-Self-Governing Territories	4th Com.	France United Kingdom
40/255	Working Capital Fund for 1986-87	5th Com.	Denmark Spain

MINORITY OF THREE (19x3)

40/64E	Relations between Israel and South Africa	Plenary	Greece Portugal Spain
40/97C	Programme of work of the U.N. Council for Namibia	Plenary	F.R. of Germany France United Kingdom
40/97E	U.N. Fund for Namibia	Plenary	F.R. of Germany France United Kingdom
40/97F	Special session of the G.A. on the question of Namibia	Plenary	F.R. of Germany France United Kingdom
40/89A	Declaration of the Denuclearization of Africa	1st Com.	Belgium France United Kingdom

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/92A	Chemical and bacteriological weapons	1st Com.	Denmark Greece Ireland
40/161D Par. 6	Israeli practices in the occupied territories	SPC	Greece Portugal Spain
40/161B Par. 1	Israeli practices in the occupied territories	SPC	Greece Portugal Spain
40/165G	Population and refugees displaced since 1967	SPC	Greece Portugal Spain
40/165H	Protection of Palestine refugees	SPC	Greece Portugal Spain
40/165I Par. 7 preamble	Protection of Palestine refugees	SPC	Greece Portugal Spain
40/207	Long-term trends in economic development	1st Com.	Greece Ireland Netherlands
40/27 Par. 5	Convention on the Supression and Punishment of the Crime of Apartheid	3rd Com.	Denmark Greece Spain
40/27 Par. 8	Idem	3rd Com.	Denmark Greece Spain
40/243	Pattern of conferences - section I	5th Com.	Greece Ireland Spain
40/253A	Budget appropriations for 1986-87	5th Com.	Denmark Greece Ireland



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/253C	Financing of appropriations for 1986	5th Com.	Denmark Greece Ireland
40/67	Development of the principles and norms of international law relating to the new international economic order	6th Com.	Greece Ireland Netherlands
MINORITY OF FOUR (13x4)			
40/56	25th anniversary of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries	Plenary	Denmark Greece Ireland Spain
40/18	Bilateral nuclear-arms negotiations	1st Com.	Denmark Greece Ireland Spain
40/83	Establishment of a nuclear-weapon-free zone in South Asia	1st Com.	Denmark France Italy United Kingdom
40/87 Par. 9	Prevention of an arms race in outer space	1st Com..	Denmark Greece Ireland Spain
40/188	Trade Embargo against Nicaragua	2nd Com.	Denmark Greece France Spain
40/200	International co-operation in the field of the environment	2nd Com.	F.R. of Germany France United Kingdom Portugal

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/25	Universal realization of the right to self determination	3rd Com.	Greece Ireland Portugal Spain
40/27 Par. 3 preamble	Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid	3rd Com.	Denmark Greece Ireland Spain
40/28	Report of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination	3rd Com.	Denmark Greece Ireland Spain
40/28 Par. 4	Idem	3rd Com.	Denmark Greece Ireland Spain
40/114	Indivisibility and interdependence of economic social, cultural, civil and political rights	3rd Com.	Greece Ireland Netherlands Spain
40/114 Par. 8 preamble	Idem	3rd Com.	F.R. of Germany France Italy Netherlands
40/52	Activities of foreign economic and other interests	4th Com.	Denmark Greece Ireland Spain
MINORITY OF FIVE (5x5)			
40/151B	World Disarmament Campaign	1st Com.	Denmark Greece Ireland Portugal Spain



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
MINORITY OF FIVE (5x5)			
40/152G	Climatic effects of nuclear war	1st Com.	Denmark Greece Ireland Portugal Spain
40/164B	Questions relating to information	SPC	Greece France Ireland Italy Spain
40/183 Par.1	Specific action relted to the particular needss and problems of land-locked developing countries	2nd Com.	France Ireland Italy Portugal Spain
40/114 Par. 11 preamble	Indivisibility and interdependence of economic social, cultural, civil and political rights	3rd Com.	F.R. of Germany France Italy Netherlands United Kingdom
40/21	Question of the Falkland Islands	Plenary	N: United Kingdom Y: Greece France Italy Spain A: the others
	The two British amendments	Plenary	N: Spain A: Greece France Italy Netherlands Y: the others

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
THREE-WAY SPLIT VOTE			
40/57	Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and people	Plenary	N: United Kingdom A: Belgium F.R. of Germany France Italy Luxemburg Y: the others
40/58	Dissemination of information on decolonization	Plenary	N: United Kingdom A: Belgium F.R. of Germany France Italy Luxemburg Y: the others
40/64B	Situation in South Africa and assistance to the liberation movements	Plenary	Y: Greece A: Denmark Ireland Netherlands Spain N: the others
40/64C	World Conference on Sanctions	Plenary	Y: Denmark Greece Ireland A: France Luxemburg Netherlands Spain N: the others
40/64F	Programme of work of Special Committee against Apartheid	Plenary	N: United Kingdom Y: Denmark Greece Ireland A: the others
40/64I	Concerted international action for the elimination of apartheid	Plenary	N: United Kingdom A: F.R. of Germany Y: the others



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/168A	The situation in the Middle East	Plenary	Y: Greece A: Spain N: the others
40/168B	The situation in the Middle East	Plenary	Y: Greece A: Spain N: the others
40/80A	Cessation of all test explosions of nuclear weapons	1st Com.	Y: Greece Ireland N: France United Kingdom A: the others
40/80B	Cessation of all test explosions of nuclear weapons	1st Com.	Y: Greece N: France United Kingdom A: the others
40/81	Urgent need for a comprehensive nuclear-test-ban treaty	1st Com.	Y: Denmark Greece Ireland Netherlands Spain N: France United Kingdom A: the others
40/88	Implementation of resolution 39/60	1st Com.	Y: Greece N: France United Kingdom A: the others
40/89B	Nuclear capability of South Africa	1st Com.	Y: Denmark Greece Ireland Spain N: France United Kingdom A: the others

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/94G	Prohibition of fissionable material for weapons	1st Com.	N: France A: United Kingdom Y: the others
40/151C	Nuclear-arms freeze	1st Com.	Y: Denmark Greece Ireland A: F.R. of Germany Luxemburg Netherlands Spain N: the others
40/151B	Freeze on nuclear weapons	1st Com.	Y: Denmark Greece Ireland A: Spain N: the others
40/152C	Nuclear-weapons in all aspects	1st Com.	Y: Greece Luxemburg A: Ireland N: the others
40/152N	Report of the Conference on Disarmament	1st Com.	Y: Greece Ireland N: France A: the others
40/152N	Recommendations of the 10th special session	1st Com.	Y: Denmark Greece Ireland A: Italy Spain N: the others
40/152P	Cessation of the nuclear-arms race and nuclear disarmament	1st Com.	Y: Greece Ireland A: Denmark Spain N: the others



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/152Q	Prevention of nuclear war	1st Com.	Y: Greece Ireland N: France United Kingdom A: the others
40/159	Implementation of the collective security provisions of the U.N. Charter	1st Com.	Y: Greece A: Denmark Ireland Spain N: the others
40/165F	Resumption of the distribution to Palestine refugees (UNRWA)	SPC	Y: Greece A: Spain N: the others
40/200 Par. 7 preamble	International co-operation in the field of the environment	2nd Com.	Y: Denmark Greece Ireland Netherlands A: Italy Luxemburg Spain N: the others
40/111	Human rights and use of scientific and technological developments	3rd Com.	Y: Greece A: Denmark Ireland Luxemburg Spain N: the others
40/53	Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and peoples by the specialized U.N. agencies	4th Com.	Y: Greece N: United Kingdom A: the others
40/239A	Final budget appropriations for 1984-85	5th Com.	N: United Kingdom Y: Denmark Greece Ireland A: the others

RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
40/252	Questions to the proposed programme budget for 1986-87	5th Com.	N: United Kingdom A: France Italy Y: the others
40/255	Working Capital Fund for 1986-87	5th Com.	Y: Denmark N: Spain A: the others
40/257 ABC	Emoluments, pension scheme and conditions of service for the members of the International Court of Justices	5th Com.	Y: Denmark Greece Ireland A: Italy Netherlands Spain N: the others
40/69	Code of Offence against the Peace and Security of Mankind	6th Com.	N: France United Kingdom Y: Denmark Greece Ireland A: the others
40/70	Report on Enhancing the Effectiveness of the Principle of Non-Use of Force in International Relations	6th Com.	Y: Greece A: F.R. of Germany Ireland Spain N: the others



RESOLUTION	OBJECT	ON THE REPORT OF	MINORITY
VOTES DIAMETRICAL OPPOSED (without three-way split votes)			
40/93 Par. 4	Israeli nuclear armament	1st Com.	Y: Greece N: the others
40/94H	Nuclear-weapon freeze	1st Com.	Y: Greece Ireland N: the others
40/152A	Non-use of nuclear weapons and prevention of nuclear war	1st Com.	Y: Greece Ireland N: the others

# AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

*General Assembly Official Records.* 20th - 40th Sessions. Records of plenary and main committee meetings; supplement with texts of resolutions and decisions.

*European University Institute (ed),* EPC-Bulletin 1985, 1, No. 1 and 2 (Florence 1987/88)

*Adelman, Kenneth, and Plattner, Marc,* "Western strategy in a Third World Forum", *Atlantic Quarterly*, (Spring 1983).

*Bechthold, Heinrich,* "Cambodia and Afghanistan before the U.N.", *Aussenpolitik*, German Foreign Affairs Review, 36, No. 3 (1985), 298-306.

*Finger, Seymour Maxwell,* "The Reagan-Kirkpatrick Policies and the United Nations", *Foreign Affairs*, 62, No. 2 (Winter 1983/1984), 436-357.

*Finke-Osiander, Renate,* "The Federal Republic of Germany and the U.N.", *Aussenpolitik*, German Foreign Affairs Review, 36, No. 2 (1985), 213-224.

*Foot, R.,* "The European Community's Voting Behaviour at the United Nations General Assembly", *Journal of Common Market Studies*, 17 (1979), 350-360.

*Frank, Thomas M.,* "U.S. Foreign Policy and the U.N.", *Denver Journal of International Law and Policy*, 14, No. 23 (Winter-Spring 1986), 159-170.

*Frank, Thomas,* *Nation against Nation: What happened to the U.N. Dream and what the U.S. can do about it* (New York, 1984).

*Gati, Toby Trister (ed),* *The U.S., the U.N. and the Management of Global Change* (New York, 1983).

*Hammer, N.,* "Die Europäische Politische Zusammenarbeit bei den Vereinten Nationen", *Europa-Archiv*, 15 (1975), pp. 493-500.

*Heritage Foundation,* *Report on the U.S. and the U.N. balance sheet* (Washington D.C., 1984).

*Hill, Christopher (ed),* *National Foreign Policies and European Political Cooperation* (London, 1983).

*Hüffner, Klaus and Naumann, Jens,* "USA und UNO, Anmerkungen zur gegenwärtigen Krise", *Vereinte Nationen*, 33, No. 3 (June 1985), 85-90.



**Jackson, Richard L.**, *The Non-Aligned, the UN and the Superpowers* (New York, 1983).

**Jacobsen, Kurt**, *The General Assembly of the United Nations* (Oslo, 1978).

**Kaufmann, Johan**, *United Nations Decision Making* (Rockville, 1980).

**Kirkpatrick, Jeane J.**, *The Reagan Phenomenon and Other Speeches on Foreign Policy* (Washington D.C., 1983).

**Koszinowski, Thomas**, "The Middle East Problem and the United Nations", *Aussenpolitik, German Foreign Affairs Review*, 36 No. 3 (1985), 306-314.

**Kramer, Heinz and Rummel, Reinhard**, *Gemeinschaftsbildung Westeuropas in der Außenpolitik: Zur Tragfähigkeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)* (Baden-Baden, 1978).

**Lindemann, Beate**, *EG-Staaten und Vereinte Nationen: Die Politische Zusammenarbeit der Neun in den UN-Hauptorganen* (München, 1978).

**Lodge, Juliet (ed)**, *Institutions and Policies of the European Community* (London, 1983).

**Peterson, M.J.**, *The General Assembly in World Politics* (Boston, 1986).

**Pines, Burton Yale (ed)**, *A World without a U.N.: What would happen if the U.N. shut down*, (Heritage Foundation Washington D.C., 1984).

**Schoutheete de, Phillippe**, *La Cooperation Politique Europeen* (Brussels, 1980).

**Shattan, Joseph J.**, "Israel, the United States, and the United Nations", *World Affairs*, 143, No. 4 (Spring 1981), 335-345.

**Sloan, Stanley R.**, "Wege zu einem neuen transatlantischen Übereinkommen: Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als Instrument der Konsensbildung", *Europa Archiv*, 7 (1983), 205-214.

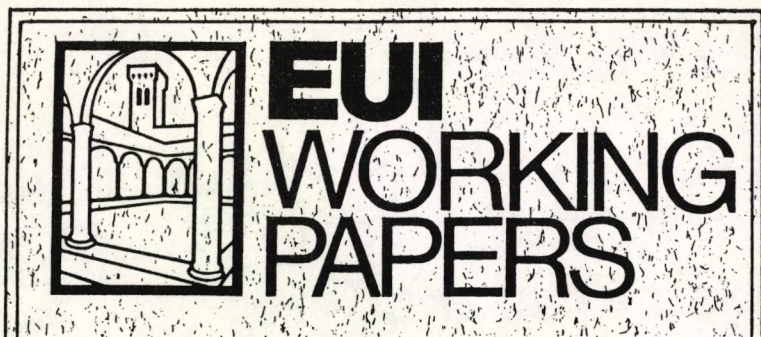
**Weidenfeld, Werner and Wessels, Wolfgang (eds.)**, *Jahrbücher der Europäischen Integration 1980-1986* (Bonn, 1981-1987).

**Weidenfeld, Werner and Wessels, Wolfgang (eds.)**, *Wege zur Europäischen Union* (Bonn, 1986).

**Weidenfeld, Werner (ed.)**, *Die Identität Europas* (Bonn, 1985).







EUI Working Papers are published and distributed by the European University Institute, Florence.

Copies can be obtained free of charge - depending on the availability of stocks - from:

The Publications Officer  
European University Institute  
Badia Fiesolana  
I - 50016 San Domenico di Fiesole (FI)  
Italy

**Please use order form overleaf**

## PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE

To            The Publications Officer  
              European University Institute  
              Badia Fiesolana  
              I - 50016 San Domenico di Fiesole (FI)  
              Italy

From        Name .....  
              Address .....  
              .....  
              .....  
              .....

Please send me the following EUI Working Paper(s):

No. ....  
Author, title: .....  
.....  
.....  
.....  
.....

Date .....

Signature .....





- \* :Working Paper out of print

- |   |  |
|---|--|
| 88/329: Dalia MARIN                         | Assessing Structural Change: The Case of Austria *   |
| 88/330: Milica UVALIC                       | "Shareholding" in Yugoslav Theory and Practice   |
| 88/331: David CANNING                       | Convergence to Equilibrium in a Sequence of Games with Learning  |
| 88/332: Dalia MARIN                         | Trade and Scale Economies. A causality test for the U.S., Japan, Germany and the UK  |
| 88/333: Keith PILBEAM                       | Fixed versus Floating Exchange Rates Revisited   |
| 88/334: Hans Ulrich Jessurun d'OLIVEIRA     | Die EWG und die Versalzung des Rheins  |
| 88/335: Felix Fitzroy and Kornelius Kraft   | Piece Rates with Endogenous Monitoring: Some Theory and Evidence   |
| 88/336: Norbert LORENZ                      | Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäischen Gemeinschaften - verfassungsrechtliche Chancen und Grenzen einer europäischen Integration erläutert am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens - |
| 88/337: Domenico Mario NUTI                 | On Traditional Cooperatives and James Meade's Labour-Capital Discriminating Partnerships   |
| 88/338: Pietro REICHLIN and Paolo SICONOLFI | Government Debt and Equity Capital in an Economy with Credit Rationing   |
| 88/339: Alfred STEINHERR                    | The EMS with the ECU at Centerstage: A proposal for reform of the European Exchange rate system  |
| 88/340: Frederick VAN DER PLOEG             | Monetary and Fiscal Policy in Interdependent Economies with Capital Accumulation, Death and Population Growth  |
| 88/341: David CANNING                       | Optimal Monetary Policy in an Economy without a Forward Market for Labour  |
| 88/342: Gunther TEUBNER                     | "And God Laughed..." Indeterminacy, Self-Reference and Paradox in Law  |
| 88/343: Jean BLONDEL                        | Ministerial Careers in Western European Governments  |



- |  |  |
|--|--|
| 88/344: Joerg MAYER  | Intervention Mechanisms and Symmetry in the EMS  |
| 88/345: Keith PILBEAM  | Exchange Rate Management and the Risk Premium  |
| 88/346: Efigenio ESPA  | The Structure and Methodology of International Debt Statistics   |
| 88/347: Francesc MORATA and<br>and Jaume VERNET                                      | Las Asambleas Regionales en Italia y España: Organización Institucional y Reglas de Funcionamiento                   |
| 88/348: Milica UVALIC  | The Investment Behaviour of the Labour-Managed Firm: An Econometric Analysis   |
| 88/349: Massimo PANEBIANCO   | Inter-Regional Co-Operation in the North-South Dialogue<br>Latin America and the European Community                  |
| 88/350: Gregorio ROBLES  | La Cour de Justice des CE et les Principes Généraux du droit   |
| 88/351: Alan KIRMAN  | On Ants and Markets  |
| 88/352: Gianna GIANNELLI   | Labour Demand, Pricing and Investment Decisions in Italy: An Econometric Analysis                                    |
| 88/353: Niall O'HIGGINS  | The Progressivity of Government Taxes and Benefits in Ireland: A Comparison of Two Measures of Redistributive Impact |
| 88/354: Christian JOERGES  | Amerikanische und deutsche Traditionen der soziologischen Jurisprudenz und der Rechtskritik                          |
| 88/355: Summary of Conference,<br>debates and abstracts<br>of selected interventions | The Future Financing of the EC Budget: EPU Conference 16-17 October 1987   |
| 88/356: Mary MCCARTHY and<br>Lucrezia REICHLIN                                       | Do Women Cause Unemployment?<br>Evidence From Eight O.E.C.D. Countries   |
| 88/357: Richard M. GOODWIN   | Chaotic Economic Dynamics  |
| 88/358: Fernando PACHECO<br>Eric PEERE and<br>Francisco S. TORRES                    | Duopoly Under Demand Uncertainty   |
| 88/359: Jaakko NOUSIAINEN  | Substance and Style of Cabinet Decision-Making   |

- |  |   |
|--|---|
| 88/360: Domenico Mario NUTI  | Economic Relations between the European Community and CMEA  |
| 88/361: Domenico Mario NUTI  | Remonetisation and Capital Markets in the Reform of Centrally Planned Economies                                   |
| 88/362: Domenico Mario NUTI  | The New Soviet Cooperatives: Advances and Limitations   |
| 88/363: Reiner GRUNDMANN   | Marx and the Domination of Nature<br>Alienation, Technology and Communism   |
| 88/364: Tony PROSSER   | The Privatisation of Public Enterprises in France and Great Britain<br>The State, Constitutions and Public Policy |
| 88/365: Silke BRAMMER  | Die Kompetenzen der EG im Bereich Binnenmarkt nach der Einheitlichen Europäischen Akte                            |
| 88/366: Goesta ESPING-ANDERSEN   | The Three Political Economies of the Welfare State  |
| 88/367: Goesta ESPING-ANDERSEN<br>Paul FARSUND and<br>Jon Eivind KOLBERG | Decommodification and Work Absence in the Welfare State   |
| 88/368: Stephen MARTIN   | Joint Ventures and Market Performance in Oligopoly  |
| 88/369: Giuseppe RAO   | The Italian Broadcasting System: Legal and Political Aspects  |
| 88/370: B. BENSAID/<br>S. FEDERBUSCH/<br>R.J. GARY BOBO                  | The Strategic Aspects of Profit Sharing in the Industry   |





